Plenarprotokoll **9/1**
20.10.2026

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

1. Sitzung **9. Wahlperiode**

Dienstag, 20. Oktober 2026, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Alterspräsident Ralf Mucha und Präsidentin Birgit Hesse

Inhalt

Tagesordnungspunkt 1 3

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Ernennung von vorläufigen Schriftführern 3

Tagesordnungspunkt 2 5

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern der neunten Wahlperiode
– Drucksache 9/1 – 5

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/14 – 5

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/15 – 5

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/16 – 5

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/17 – 5

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/18 – 5

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/19 – 5

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/20 – 5

Philipp da Cunha, SPD 6
Thore Stein, AfD 7
Jacqueline Bernhardt, Die Linke 8
Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10

B e s c h l u s s 11

Tagesordnungspunkt 3 12

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages 12

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 9/2 – 12

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/3 – 12

B e s c h l u s s 12, 34

Birgit Hesse, SPD 12

Tagesordnungspunkt 4 14

Wahl der ersten Vizepräsidentin oder des ersten Vizepräsidenten des Landtages 14

Wahlvorschlag der Fraktion Die Linke
– Drucksache 9/4 – 14

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/22 – 14

B e s c h l u s s 15, 35

Simone Oldenburg, Die Linke 15

Tagesordnungspunkt 5 15

Wahl der zweiten Vizepräsidentin oder des zweiten Vizepräsidenten des Landtages 15

Wahlvorschlag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 9/5 – 15

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/23 – 15

B e s c h l u s s 16, 36

Maya Tischler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 16

Tagesordnungspunkt 6 16

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berechnungsverfahren für die Dauer der neunten Wahlperiode
– Drucksache 9/6 – 16

B e s c h l u s s 16

Tagesordnungspunkt 7 16

Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer des Landtages 16

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/7 – 16

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 9/8 – 16

Wahlvorschlag der Fraktion Die Linke
– Drucksache 9/9 – 16

Wahlvorschlag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 9/10 – 16

B e s c h l u s s 17

Tagesordnungspunkt 8 17

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einsetzung eines vorläufigen Ausschusses
– Drucksache 9/11 – 17

B e s c h l u s s 17

Tagesordnungspunkt 9 17

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
(Erste Lesung)
– Drucksache 9/12 – 17

Philipp da Cunha, SPD 17, 22
Enrico Schult, AfD 18
Jacqueline Bernhardt, Die Linke 20

B e s c h l u s s 23

Tagesordnungspunkt 10 23

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einsetzung einer Enquete-Kommission „Mecklenburg-Vorpommern stark und widerstandsfähig – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz für ein sicheres Land“
– Drucksache 9/13 – 23

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/21 – 23

Julian Barlen, SPD 23, 30, 32
Jan-Phillip Tadsen, AfD 25, 32
Hennis Herbst, Die Linke 28
Ole Krüger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 29

B e s c h l u s s 33

Beginn: 14:01 Uhr

Alterspräsident Ralf Mucha: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Verehrte Mitglieder der Landesregierung! Verehrte Gäste! Es entspricht der parlamentarischen Praxis, zu Beginn der konstituierenden Sitzung nach den Regelungen der bisherigen Geschäftsordnung des Landtages zu verfahren, bis der Landtag seine Geschäftsordnung für die neue Wahlperiode beschlossen hat. Danach wird die erste Sitzung durch den Alterspräsidenten geleitet, bis die neu gewählte Präsidentin oder der neu gewählte Präsident das Amt übernimmt. Der Alterspräsident ist das am längsten dem Landtag angehörende Mitglied, das derzeit kein Regierungsamt übernimmt und das bereit ist, dieses Amt zu übernehmen. Bei gleicher Dauer der Zugehörigkeit zum Landtag entscheidet das höhere Lebensalter.

Mein Name ist Ralf Mucha. Ich bin 63 Jahre alt und gehöre dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern seit dem 4. Oktober 2011 ununterbrochen an. Der guten Ordnung halber frage ich, ob jemand der Damen und Herren Abgeordneten ohne Regierungsamt noch länger Mitglied des Landtags ist oder bei gleich langer Zugehörigkeit noch älter ist als ich. – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich bin bereit, das Amt des Alterspräsidenten zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf **TOP 1** der Tagesordnung: Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Ernennung von vorläufigen Schriftführern.

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Ernennung von vorläufigen Schriftführern

Ich eröffne als Alterspräsident die 1. Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern der 9. Wahlperiode und möchte zunächst einige Gäste begrüßen, die der heutigen Sitzung beiwohnen.

Für die ehemaligen Abgeordneten dieses Hohen Hauses begrüße ich ganz herzlich Herrn Landtagspräsidenten a. D. Kuessner sowie Frau Landtagsvizepräsidentin Schmidt. Ich begrüße ebenso Frau Landesverfassungsgerichtspräsidentin Köster-Flachsmeyer für die Vertreterinnen und Vertreter der Gerichtsbarkeit. Weiterhin begrüße ich die Bischöfe Jeremias und Zehe sowie den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Herrn Rosov und Herrn Landesrabbiner Kadnykov für die Religionsgemeinschaften. Ich begrüße die Präsidentin des Landesrechnungshofes Frau Dr. Johannsen, unseren Bürgerbeauftragten Herrn Witt und unseren Datenschutzbeauftragten Herrn Schmidt.

Als Vorsitzender des Innenausschusses der 8. Legislaturperiode ist es mir natürlich eine besondere Freude, auch die Vertreterinnen und Vertreter aus Bundeswehr, Polizei und Feuerwehr zu begrüßen, auch hier stellvertretend den Landeskommandeur Herrn Admiral Reineke, Herrn Inspekteur der Polizei Müller sowie Herrn Landesbrandmeister Pulss.

Ich begrüße zudem die drei Präsidenten unserer Industrie- und Handelskammern im Land, Herrn Belke, Herrn Hennige und Herrn Strupp, sowie alle Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Ebene, aus Vereinen und Verbänden und alle Gäste, die an der heutigen konstituierenden Sitzung teilnehmen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die vorläufige Tagesordnung der konstituierenden Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung als festgestellt.

Im Vorältestenrat wurde vereinbart, dass die Fraktionen zunächst vorläufige Schriftführerinnen und Schriftführer vorschlagen, bis die Schriftführerinnen und Schriftführer vom Landtag gewählt werden. Entsprechend den mir vorliegenden Vorschlägen ernenne ich die Abgeordneten Petra Federau, Stephan Reuken, Mandy Pfeifer, Nadine Julitz, Christian Albrecht und Sebastian Hüller zu vorläufigen Schriftführerinnen und Schriftführern. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich bitte die vorläufige Schriftführerin Frau Federau und den vorläufigen Schriftführer Herrn Albrecht, neben mir Platz zu nehmen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Heute ist ein besonderer Tag für Mecklenburg-Vorpommern und für mich. Mit der heutigen Sitzung beginnt die 9. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, ein neuer Abschnitt parlamentarischer Arbeit. Dass ausgerechnet ich hier vor Ihnen sitze, verdanke ich nicht meinem Lebensalter, denn mit 63 bin ich für einen Alterspräsidenten eher ein Nachwuchstalent. Konrad Adenauer war 89,

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD)

als er dieses Amt im Bundestag ausübte. Im Ernst, dieses Amt verdankt man keiner Mehrheit, sondern allein einer Regel, und genau darin liegt sein Sinn: Es gehört niemandem, keiner Fraktion und keiner Regierung. Ich spreche heute für keine Partei, sondern, so gut ich das vermag, für den Landtag als Ganzes, so lange, bis Sie in Kürze eine Präsidentin oder einen Präsidenten gewählt haben.

Ich möchte Klartext mit Ihnen reden. Die Wahl war für Mecklenburg-Vorpommern eine besondere: Rund 78 Prozent der Wahlberechtigten haben gewählt, 2021 waren es noch knapp 71 Prozent. Zum ersten Mal durften bei einer Landtagswahl in unserem Land auch die 16- und 17-Jährigen ihre Stimme abgeben. Das ist bei allem, was uns sonst noch beschäftigen wird, zunächst einmal eine gute Nachricht. Die Menschen in diesem Land trauen der Demokratie zu, dass es sich lohnt mitzubestimmen. Dafür danke ich allen Wählerinnen und Wählern ausdrücklich. Mit ihrer Stimme haben sie gezeigt, dass ihnen unser Land nicht gleichgültig ist. Und wir als Parlament haben die Pflicht, die Menschen ernst zu nehmen. Das Ergebnis selbst hat die Zusammensetzung dieses Hauses grundlegend verändert. Viele im Land hat das gefreut, viele hat es besorgt. Beides gehört zur Wahrheit dieses Tages. Ich respektiere diese unterschiedlichen Reaktionen. Zugleich will ich es auch nicht unkommentiert lassen.

Zunächst aber gilt: Jede und jeder der 71 Abgeordneten in diesem Saal ist genauso rechtmäßig gewählt wie jede und jeder andere. Diese Gleichheit des Mandats gilt für alle Fraktionen, ob groß oder klein. Und sie gilt auch für die Art, wie wir in den kommenden fünf Jahren miteinander umgehen. Damit bin ich bei dem, was mir heute am wichtigsten ist, der Kultur unserer politischen Debatte. Unser Grundgesetz beginnt nicht zufällig mit dem Satz, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Das gilt für die Menschen, über deren Anliegen wir hier verhandeln, und es gilt ebenso dafür, wie wir übereinander und miteinander reden, wenn wir politisch nicht einer Meinung sind.

Ich wünsche mir für dieses Hohe Haus eine Debatte, in der hart in der Sache gestritten werden kann – das muss so sein, dafür sind wir gewählt –, aber fair im Ton, ohne Beleidigungen, ohne dass die oder der andere als Mensch herabgesetzt wird. Und ich wünsche mir, dass wir alle die Regeln unserer Verfassung und den Schutz von Minderheiten nicht zur Verhandlungsmasse machen. Das ist keine parteipolitische Forderung, das ist die Grundlage, auf der dieses Parlament und jedes andere in unserem Land überhaupt erst funktioniert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich an dieser Stelle auch etwas, das über diese Regel hinausgeht, bewusst auch als Alterspräsident. Ich habe in meinem politischen Leben viel mit Menschen gestritten, die anders denken als ich, und ich halte genau das für den Kern unserer Demokratie. Aber es gibt Grenzen. Sie verläuft nicht zwischen links und rechts, sondern dort, wo Menschen ihre Würde abgesprochen wird. Wer Menschen danach sortiert, wo sie oder ihre Eltern herkommen, wer Andersdenkende zu Feinden erklärt, wer die Einrichtung unserer Demokratie verächtlich macht, dem werde ich offen und laut widersprechen, heute und in den kommenden fünf Jahren. Ich sage das ohne Fingerzeig, aber auch ohne Zögern. Diese Haltung wird meine Arbeit in diesem Hohen Haus prägen. Es richtet sich nicht gegen Wählerinnen und Wähler. Um das Vertrauen der Menschen in diesem Land müssen wir alle werben. Es richtet sich gegen Positionen, die mit der Würde des Menschen nicht vereinbar sind. Und ich bin sicher, mit dieser Haltung stehe ich hier nicht alleine.

Ein respektvoller Umgang miteinander ist kein Selbstzweck. Wir brauchen ihn, weil wir über Fragen entscheiden, die das Leben der Menschen in unserem Land ganz unmittelbar betreffen. Gute Antworten darauf finden wir nur, wenn wir einander zuhören und sachlich um die beste Lösung ringen. Die Wählerinnen und Wähler haben uns dieses Mandat nicht gegeben, damit wir uns mit uns selbst beschäftigen. Sie haben es uns gegeben, damit wir uns um unser Bundesland kümmern.

Und da liegt einiges vor uns. Ich möchte sechs Aufgaben nennen, die uns in den kommenden fünf Jahren begleiten werden, ganz gleich, wer in diesem Haus regiert oder wer opponiert.

Erstens, unsere Bevölkerung. Im vergangenen Jahr sind in Mecklenburg-Vorpommern fast dreimal so viele Menschen gestorben, wie Kinder geboren wurden. Dass unsere Einwohnerzahl trotzdem nahezu stabil geblieben ist, liegt auch daran, dass mehr Menschen zu- als weggezogen sind. Das ist erfreulich, aber kein Selbstläufer. Denn nach einer Studie im Auftrag des Wirtschaftsministeriums gehen zum Ende dieses Jahrzehnts mehr als 100.000 Beschäftigte in den Ruhestand. Wer ihre Arbeit übernimmt – im Handwerk, in der Pflege, in Betrieben und Verwaltungen –, entscheidet sich nicht erst dann, sondern durch das, was wir jetzt auf den Weg bringen.

Zweitens, unsere Wirtschaft. Nach einem Rückgang ist sie wieder gewachsen, deutlich stärker als im Bund. Das gibt Anlass zur Zuversicht. Entscheidend ist aber, dass sich diese Entwicklung auch in guten Arbeitsplätzen niederschlägt. Deshalb kommt es darauf an, wie wir den Wandel unserer Wirtschaft gestalten. Bei Energie und Häfen, in Industrie und Werften, in der Landwirtschaft und im Tourismus – in all diesen Bereichen entscheidet sich erst in den nächsten Jahren, ob gute Arbeit entsteht, von der die Menschen hier auch leben können.

Drittens, unsere Finanzen, die des Landes ebenso wie die unserer Städte und Gemeinden und Landkreise. Das Sondervermögen des Bundes bringt dem Land über viele Jahre zusätzliches Geld, mehr als die Hälfte davon für kommunale Aufgaben. Das hilft, aber es ersetzt keine tragfähige laufende Finanzierung.

Der Landesrechnungshof hat im vergangenen Dezember festgestellt, dass unsere Kommunen zwei Jahre in Folge mehr ausgegeben als eingenommen haben. Kernaufgaben, mahnt er, sollen nur im Ausnahmefall über Schulden finanziert werden. Und das betrifft nicht nur unser Land. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat das Minus der Kommunen bundesweit den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Wenn den Kommunen das Geld fehlt, merken die Menschen das zuerst: an Schulen, Kitas, Straßen, Wegen und Feuerwehrhäusern vor Ort.

Viertens, die Daseinsvorsorge in der Fläche. Das klingt abstrakt, heißt aber ganz konkret: Ist die Hausärztin erreichbar, kommt der Bus, ist die Schule gut, ist die Pflege gesichert und gibt es überall guten Handyempfang? Zuletzt waren fast 140.000 Menschen in unserem Land pflegebedürftig, und die große Mehrheit von ihnen wurde zu Hause versorgt. Wo diese Versorgung verlässlich ist, wächst das Vertrauen in den Staat. Wo sie fehlt, schwindet es.

Fünftens, innere Sicherheit – konsequent und mit Augenmaß. Der Staat hat eine seiner wichtigsten Aufgaben dort, wo Menschen Schutz brauchen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass Recht durchgesetzt und Kriminalität konsequent verfolgt wird. Genauso wichtig ist, dass sich alle in unserem Land sicher fühlen. Und dieses Sicherheitsgefühl wollen wir weiter stärken. Dafür brauchen wir eine starke und gut ausgestattete Polizei, eine leistungsfähige Justiz, gut ausgestattete Sicherheitsbehörden und einen funktionierenden Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Unsere Polizistinnen und Polizisten, unsere Feuerwehrleute, Rettungskräfte und Helferinnen und Helfer leisten jeden Tag Außergewöhnliches. Ihnen gebührt unser Respekt. Die Menschen sollen darauf vertrauen können, der Staat unterstützt mich im Alltag und in der Krise.

Sechstens, ein moderner, digitaler Staat. Wer Elterngeld beantragt, ein Auto anmeldet oder einen Bauantrag stellt, erwartet zu Recht, dass das schnell und unkompliziert geht, am besten von zu Hause aus. Möglich wird das mit

einer Verwaltung, die digital arbeitet, und mit Regeln, die einfach und verständlich sind. Das entlastet alle, die etwas beantragen, ebenso wie die Beschäftigten in den Ämtern, gerade weil viele von ihnen in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheiden, und es kann auf Dauer Geld sparen, das wir an anderer Stelle dringend brauchen. Ein moderner Staat, der den Menschen das Leben leicht macht, ist die beste Werbung für die Demokratie.

Bei all den Themen fangen wir nicht bei null an. Über die richtigen Wege werden wir streiten, gern auch leidenschaftlich. Dass wir uns diesen Aufgaben stellen müssen, und zwar für die Städte ebenso wie für die Dörfer, für die Küste ebenso wie für die Seenplatte, für Vorpommern ebenso wie für Westmecklenburg, das sollte uns über alle Fraktionsgrenzen hinaus verbinden.

Zum Schluss noch ein Gedanke aus meiner Heimatstadt Rostock. Der Stadtteil Rostock-Lichtenhagen stand 1992 für das Schlimmste, was Fremdenfeindlichkeit in diesem Land angerichtet hat. Er steht seitdem auch für die Erfahrung, dass aus Worten Taten werden können und dass Wegsehen keine neutrale Handlung ist. Ich wohne dort und erlebe immer wieder, dass Lichtenhagen heute vor allem für sein nachbarschaftliches Miteinander steht, für Alteingesessene wie für Zugezogene, für Nachbarn, die einander helfen, und für viele, die sich für ihren Stadtteil engagieren. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis vieler kleiner, oft unsichtbarer Anstrengungen über Jahrzehnte. Für mich zeigt das, Vertrauen in die Demokratie entsteht nicht alleine hier in Schwerin, sondern vor allem dort, wo Menschen einander im Alltag begegnen. Manche Grundlagen für diese Begegnungen legen wir aber auch in diesem Hohen Haus, etwa wenn wir das Ehrenamt, die Vereine, Verbände und die Kommunen vor Ort stärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Heute übernehmen wir Verantwortung. Wir tun dies im Bewusstsein der Geschichte unseres Landes. Mecklenburg-Vorpommern hat eine lange, wechselvolle Geschichte. Dieses Land hat Umbrüche erlebt, Teilung und Wiedervereinigung, wirtschaftliche Veränderung und gesellschaftlichen Wandel. Viele Menschen haben dieses Land aufgebaut, erhalten und weiterentwickelt. Heute dürfen wir dieses Land politisch vertreten. Das ist ein Privileg, aber vor allem ist es ein Auftrag. Unser Mandat ist nur geliehen. Es kommt von den Wählerinnen und Wählern, und deshalb sollten wir niemals vergessen, wem wir Rechenschaft schulden: den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Hans-Werner Moltzen, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir alle sind heute mit einem Auftrag hierhergekommen, den uns die Wählerinnen und Wähler gegeben haben, und mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen davon, was in den nächsten fünf Jahren zu tun ist. Das ist gut so, dafür gibt es Parlamente. Ich wünsche uns allen, dass wir diese Debatten so führen, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern am Ende sagen können, dieser Landtag hat uns ernst genommen.

Lassen Sie uns diese 9. Legislaturperiode mit Respekt vor unserem Amt beginnen, mit Respekt vor den Menschen, die uns gewählt haben, mit Respekt vor denen, die uns nicht gewählt haben, mit Respekt voreinander und mit Respekt vor unserer demokratischen Ordnung! Lassen Sie uns streiten, wenn es nötig ist! Lassen Sie uns zusammenarbeiten, wenn es möglich ist! Lassen Sie uns widersprechen, wenn es richtig ist, und lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen, wenn unser Land uns braucht! Denn am Ende geht es nicht um uns, es geht um Mecklenburg-Vorpommern, um seine Menschen, um seine Zukunft, um die Freiheit, die wir lieben, und um die Demokratie, die wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen.

Lassen Sie uns deshalb heute nicht nur eine neue Legislaturperiode eröffnen! Lassen Sie uns gemeinsam ein neues Kapitel für unser Land aufschlagen, mit Mut, mit Verantwortung, mit Respekt, mit Zuversicht und mit dem festen Willen, Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam zu gestalten! In diesem Sinne wünsche ich uns für die 9. Legislaturperiode Erfolge und gute Beratung für die Arbeit, die vor uns liegt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe auf **TOP 2** der Tagesordnung: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern der neunten Wahlperiode, auf Drucksache 9/1. Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der AfD auf den Drucksachen 9/14 bis 9/20 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern der neunten Wahlperiode
– Drucksache 9/1 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/14 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/15 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/16 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/17 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/18 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/19 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/20 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr da Cunha.

(Der Abgeordnete Philipp da Cunha stellt das Rednerpult ein. – Tilo Gundlack, SPD: Warst wohl lange nicht hier?!)

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrter Herr Alterspräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Auch von mir erst mal ein herzliches Willkommen in der neuen Legislaturperiode! Mit dieser neuen Zusammensetzung lassen Sie uns konstruktiv streiten und für das bessere Wohl unseres Landes einstehen!

Wir legen eine Geschäftsordnung vor, die die Regeln für die nächsten fünf Jahre dieses Parlaments bestimmt. Jede Fraktion muss ihre politischen Ideen vertreten können. Die Opposition muss die Regierung wirksam kontrollieren können, und das Recht auf politische Chancengleichheit ist dabei unser Maßstab.

(Thore Stein, AfD: Hört, hört!)

Mit dem Entwurf gehen wir an die Aktuelle Stunde heran und ermöglichen dort in Zukunft zum Beispiel auch das Instrument der Zwischenfragen. Wir schärfen mit Erfahrungen aus der Praxis die Sammeldrucksachen und das Instrument der Reden zu Protokoll. Und wir ändern auch die Grundredezeit in den normalen Aussprachen.

Und die AfD behauptet, dass wir ihre Redezeit kürzen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Zahlen sagen aber etwas anderes: Mit 32 Abgeordneten erhält sie nach den bisherigen Regeln der alten Geschäftsordnung elf Minuten, und nach den neuen Regeln erhält sie ebenfalls elf Minuten.

(Julian Barlen, SPD: Hört, hört!)

Sie hat damit die längste reguläre Redezeit aller Fraktionen. Dazu kommen 84 Minuten zusätzliches Wochenbudget, und das ist mehr als bei jeder anderen Fraktion. Wer daraus wie bei der Redezeit eine Opfergeschichte macht, muss sich an den Zahlen messen lassen.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Jede Fraktion bekommt fünf Minuten Grundredezeit und weitere zehn Sekunden pro Fraktionsmitglied, denn auch kleine Fraktionen haben eigene politische Positionen. Diese verschwinden nicht nur, wenn Fraktionen in eine Regierung eintreten oder eine Koalition bilden. Schon in der vergangenen Wahlperiode hatten die Oppositionsfraktionen zusammen mehr Redezeit als die Regierungsfraktionen, obwohl diese eine Mehrheit hatten.

Und schaut man sich den heutigen Änderungswunsch der AfD an, dann merkt man auch, dass sie wieder nur an sich denkt und nicht an das Parlament und an Chancengleichheit.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Hört, hört!)

Eine Oppositionsredezeit, wie sie vorgeschlagen wird, hätte bei der Konstellation des letzten Landtages dafür gesorgt, dass auf einmal die regierungstragenden Fraktionen nicht mal ein Drittel der Redezeit hätten. Also lieber an alles denken, und dementsprechend sind wir für langfristige Lösungen da. Und es geht uns nicht darum, einen zu bevorteilen, einen zu benachteiligen, sondern einen Ausgleich herzustellen.

2024 haben wir fraktionsübergreifend die regulären Aussprachen verkürzt, damit mehr Anträge behandelt werden können, gerade auch Oppositionsanträge, auch unter Zustimmung der AfD im Ausschuss und spätere Enthaltungen im Plenum. Als Ausgleich haben wir das Instrument des wöchentlichen Redebudgets eingeführt, und wenn die AfD ihr Budget entsprechend einsetzt, kann sie sogar 22 Minuten eine Aussprache machen. Also so viel zur gestrigen Zeitungsberichterstattung.

Und zusätzlich bleiben auch weitere Regierungswortmeldungen nicht ohne Antwort. Überschreitet die Landesregierung ihre angemeldete Redezeit, greift ein vorgesehener Mechanismus. Den haben wir ebenfalls vor zwei Jahren geändert, der bleibt auch bei: Für jede Minute, die überschritten wird, kriegt die Opposition eine Minute. Wir halten an dieser Abwägung fest. Die stärkste Fraktion hat die längste Redezeit. Zusätzliche Ausgleichsrechte sichern die parlamentarische Chancengleichheit.

Und dann führen wir Änderungen bei Kleinen Anfragen ein. In der letzten Wahlperiode waren zu lange Beantwortungszeiten ein dauerhaftes Thema. Deshalb lernen wir daraus und halbieren die Antwortfristen von 20 auf nur noch 10 Werktage. Dafür wird die Anzahl der Fragen innerhalb der Kleinen Anfragen gekürzt, von zehn mit drei Unterfragen auf fünf mit einer Unterfrage. Die Zahl der Anfragen bleibt unbegrenzt. Das heißt, jeder Abgeordnete kann so viele Anfragen stellen, wie er möchte, die Regierung bleibt zur unverzüglichen und vollständigen Antwort verpflichtet. Unser Modell verbindet parlamentarische Kontrolle mit schnelleren Antworten.

Und dann haben wir auch noch das Instrument der Kurzintervention und auch Zwischenfrage noch mal aufgenommen. Und wie schon gesagt, ist in Zukunft beides in der Aktuellen Stunde möglich. Das war bisher nicht der Fall. Und wir haben schon 2024 beschlossen, dass maximal zwei Kurzinterventionen pro Gegenstand möglich sind, damals aber unklar formuliert. Gemeint war der Tagesordnungspunkt, es gab, kam zu Unklarheiten. Das holen wir nach.

Außerdem korrigieren wir einen Fehler bei der Zwischenfrage. Man bekommt zwar eine Minute bei der Rede obendrauf, aber aktuell auch aus der eigenen Fraktion. Hier nehmen wir das noch mal auf.

Und das Thema Ausschussvorsitzende: Sie tragen Verantwortung für eine ordnungsgemäße Amtsführung, und deshalb muss es auch Mittel und Wege geben, wie gröbliche Verletzungen geahndet werden können. Und deshalb wird die Abberufung aufgegriffen. Wird eine Abberufung erforderlich, bleibt das Benennungsrecht bei der Fraktion.

Und als Allerletztes greifen wir ein neues Instrument, das Ordnungsgeld, auf. Dazu kommen wir nachher noch mal bei der …, im Abgeordnetengesetz. Ordnungsgelder gibt es für gröbliche Verletzungen im Plenum, aber auch bei Verletzungen gegen die Hausordnung oder wenn ein Abgeordneter seine Anzeigenpflichten für Nebeneinkünfte nicht vollumfänglich erfüllt.

Wir haben hier einen Maßstab gesetzt, und uns ging es um Chancengleichheit, den Ausgleich zwischen Opposition

und Regierungsfraktionen. Und dementsprechend bitten wir um Zustimmung zur vorgeschlagenen Geschäftsordnung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alterspräsident Ralf Mucha: Schönen Dank, Herr Abgeordneter!

Im Vorältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 33 Minuten vorzunehmen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Thore Stein.

Thore Stein, AfD: Herr Alterspräsident! Meine Damen und Herren! Am 20. September haben die Bürger dieses Landes die AfD zur stärksten Kraft gewählt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

32 Abgeordnete vertreten diesen Wählerauftrag nun hier im Schweriner Landtag. Der linke Block in diesem Haus ist drastisch zusammengeschmolzen. Kurzum: Sie haben die Wahlen verloren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Oder anders gesagt – und das ist wichtig, das ist wichtig –: Trotz Ihrer abzeichnenden Regierungsmehrheit hier im Parlament haben Sie 52,2 Prozent der Wähler gar nicht gewählt, das heißt, Sie als regierungstragende Fraktionen repräsentieren nicht die Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Und das ist seit 1990 ein Novum. Und diese Feststellung ist wichtig, denn man hätte meinen können, dieses Ergebnis veranlasse Sie wenigstens zu einem Moment der demütigen Selbstreflexion. Vielleicht kommen Sie dann auch zu der Frage, ob Ihr verbissener und obsessiver Kampf gegen die AfD politisch gescheitert sein könnte. Doch Sie handeln ganz offenbar frei nach der Devise: Eine Methode, die nicht funktioniert hat, muss am Ende nur noch intensiver angewendet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, bereits die ersten Stunden dieser neuen Legislatur werden ein Schlaglicht auf die Art und Weise werfen, wie Sie, werte Vertreter von Rot-Rot-Grün, mit dem Wahlergebnis umzugehen gedenken. Und um es mit den Worten eines Kommentars des „Nordkuriers“ zu fassen: Sie sind auf dem besten Wege, „Verrat an der Demokratie“ in diesem Land zu begehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und vergessen Sie nicht, dass auch wir als AfD mit einem demokratischen Mandat in diesen Landtag gewählt worden sind! Dieses Mandat haben uns 38 Prozent der Wähler und mehr als 380.000 Menschen in diesem Land erteilt. Dieses Mandat steht nicht unter dem Vorbehalt Ihrer vermeintlichen Unbedenklichkeitsprüfung oder moralischen Absolution. Sie aber spielen sich trotz Ihrer Wahlniederlage weiterhin als alleinige Wächter der Demokratie auf. Und genau deshalb betrachten wir auch den Entwurf der Geschäftsordnung und die begleitenden Gesetzesänderungen als zusammenhängendes politisches Vorhaben.

Die Richtung ist klar erkennbar: Hinter unscheinbaren Formulierungen werden neue Befugnisse verteilt, Sanktionsmöglichkeiten erweitert und die Bedingungen oppositioneller Arbeit deutlich verschlechtert. Die Bürger da draußen sollen deutlich wissen, was für ein Missverhältnis Sie zwischen dem Repräsentationswillen des Wählers, des Wahlergebnisses und der tatsächlichen oppositionellen Repräsentation in Präsidium, den Redezeiten und den Fragerechten hier schaffen wollen.

Und um was konkret geht es? Die größte Fraktion, die AfD-Fraktion, der Wahlsieger der Wahl vom 20. September, soll, wenn es nach Ihnen geht, in diesem Parlament erneut, wie schon in den zurückliegenden Legislaturen, aus dem Präsidium herausgehalten werden. Das haben Sie ja in der Vergangenheit zur Genüge kundgetan. Und wir werden heute noch erfahren, wie Sie es denn dann tatsächlich mit den auch vom Herrn Alterspräsidenten angesprochenen parlamentarischen Gepflogenheiten halten, wenn es nicht nach Ihrem Willen geht.

(Julian Barlen, SPD: Da haben Sie aber schlecht zugehört.)

Gleichzeitig wollen Sie zusätzliche Sanktionsmöglichkeiten schaffen, Sie wollen Ausschussvorsitzende leichter abberufen und den besonderen finanziellen Ausgleich für die Opposition zurückfahren. Sie wollen uns als stärkste Partei in diesem Landtag parlamentarisch kleinhalten, weil Sie uns politisch an der Urne nicht kleingekriegt haben. Und dafür sollten Sie sich schämen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wo ich bei Ihnen bin, werte Vertreter des linken Blocks hier im Landtag, Sie sprechen hier immer wieder gerne über die Würde des Hauses, über Debattenkultur und parlamentarischen Anstand und flankieren dies dann mit viel Pathos und moralischer Erhabenheit, aber parlamentarischer Anstand zeigt sich eben auch im Umgang mit dem politischen Gegner, gerade dann, wenn dessen Wahlergebnis Ihnen nicht gefällt. Und dass Ihnen das vom Souverän gesprochene Ergebnis des 20.09.2026 nicht passt, dürfte wenig überraschen. Aber Sie glauben ja bis heute, man könne die AfD als eine Art politischen Betriebsunfall behandeln, und blenden dabei konsequent aus, dass sich möglicherweise das politische Ordnungssystem vollständig neu kalibriert in diesem Land. Aber wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, wird irgendwann an der Realität bitter scheitern. Und die Vorboten haben wir gesehen.

Die Ankündigung, dass Sie hier ein Präsidium einsetzen

(Julian Barlen, SPD: Wählen!)

nur mit Personen der kommenden regierungstragenden Fraktionen,

(Julian Barlen, SPD: Wählen, Herr Stein!)

macht doch mehr als deutlich,

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

wie Sie sich hier für die nächsten fünf Jahre auf eine Oppositionsarbeit vorbereiten, auf ein Regieren ohne Opposition, oder besser gesagt, gegen die letzte verbliebene Opposition. Sie wollen diese Polarisierung heute in

Gang setzen, und ich verspreche Ihnen, dann werden Sie diese auch von uns bekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Künftig, künftig soll parlamentarisches Fehlverhalten zusätzlich auch finanziell sanktioniert werden können. Als Maßstäbe dienen Ihnen dabei die Ordnung des Landtages und die Würde des Hauses. Gerade mit letzterer Phrase sind Sie ja über die letzten Jahre immer wieder hier aufgetreten, um irgendwo noch mal einen Stich gegen die Opposition zu setzen. Es sind und bleiben aber unbestimmte und auslegungsbedürftige Begriffe, die dann letztlich der Willkür eines Präsidiums unterliegen, dem mindestens zwei Mitglieder angehören sollen, die keinen Hehl aus ihrer Verachtung gegenüber der AfD als politischer Kraft machen.

Und dass ausgerechnet aus den Reihen der GRÜNEN mit der Nominierung von Maya Tischler als Vizepräsidentin eine glühende AfD-Verbotsbefürworterin antritt,

(Claudia Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gute Frau!)

das ist doch der absolute Hohn

(Claudia Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr gute Frau!)

für den Grundsatz der neutralen Amtsführung in diesem Haus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und seien Sie gewiss, wir kündigen bereits jetzt an, dass wir jeden Versuch öffentlich und gerichtlich angreifen werden,

(Claudia Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So viel zum Parlamentarismus!
Jetzt schon Menschen angreifen.)

unbequeme Kritik durch eine einseitige Auslegung dieser Regeln zu disziplinieren.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, aber vor allem, liebe Mecklenburger und Pommern,

(Claudia Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Von Ihnen lasse ich mir nicht das Wort
verbieten, nicht von Ihnen!)

die AfD hat die absolute Mehrheit in diesem Parlament diesmal noch verpasst,

(Julian Barlen, SPD: Sie müssen
mal die Landesverfassung lesen!)

das erkennen wir an und gehen in die Opposition gegen ein Linksbündnis, das an alte Zeiten der Blockparteien erinnert.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Eine Unverschämtheit!
Eine Unverschämtheit ist das. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die parlamentarische Opposition nimmt dabei innerhalb des demokratischen Verfassungsgefüges eine besondere Stellung ein. Gemäß Artikel 26 Absatz 2 und 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern obliegt ihr insbesondere die Aufgabe, Regierungsprogramme und Regierungsentscheidungen kritisch zu bewerten, eigene politische Alternativen zu entwickeln und die Tätigkeit von Landesregierung und Landesverwaltung zu kontrollieren.

Und die im vorliegenden Geschäftsordnungsentwurf vorgesehene Redezeitverteilung berücksichtigt zwar die Stärke der einzelnen Fraktionen,

(Thomas Krüger, SPD: Ah!)

trägt jedoch einer Konstellation, in der mehreren regierungstragenden Fraktionen lediglich eine einzige Oppositionsfraktion gegenübersteht, nicht hinreichend Rechnung, im Gegenteil, in einer solchen Konstellation können die regierungstragenden Fraktionen ihre Positionen durch mehrere eigenständige Redebeiträge vertreten. Hinzu kommen die Redebeiträge der Mitglieder der Landesregierung. Und hieraus ergibt sich dann nämlich das von uns kritisierte erhebliche Übergewicht der Redezeit zugunsten der Regierungsseite von 3 : 1.

Aber das wird von Ihnen genau so gewollt sein. Dass Sie dabei das in der Landesverfassung verbriefte Recht auf politische Chancengleichheit mit Füßen treten, scheint Sie – wenig überraschend – überhaupt nicht zu stören.

(Stephan Johannes Reuken, AfD:
Das ist gewollt.)

Es entspricht vielmehr Ihrem Verständnis von Ihrer Demokratie und dem Feindbild von rechts. Und Sie machen genauso weiter, wie Sie auch die letzten Jahre gegen die Opposition agiert haben: selbstgefällig und unbelehrbar.

Seien Sie gewiss, dass wir diese Signale schon verstanden haben! Auch wir werden daher unsere Konsequenzen ziehen und dieses Treiben sicherlich nicht unkommentiert lassen und alle Instrumente, die uns verbleiben, nutzen, damit Sie nicht einfach durchregieren können, wie Sie es wollen. Denn unser Auftrag sind dieses Land und seine Menschen und nicht die Absicherung des eigenen linksideologischen Machtapparats. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Alterspräsident Ralf Mucha: Schönen Dank, Herr Abgeordneter!

Ich rufe auf für die Fraktion Die Linke Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, Die Linke: Sehr geehrter Herr Alterspräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der heutigen konstituierenden Sitzung beginnt eine neue Wahlperiode unseres Landtages. Die Wählerinnen und Wähler haben entschieden, wie sich dieses Parlament zusammensetzt. Nun liegt es an uns, uns gemeinsame Regelungen zu geben, wie wir miteinander arbeiten. Und genau darum geht es nur in diesem Tagesordnungspunkt, um die Geschäftsordnung. Es geht nicht um die Wahl des Vizepräsidenten, es geht nicht um die Wahl von dem Präsidenten/der Präsidentin, es geht allein um die Geschäftsordnung.

Wenn ich die Ausführungen der AfD gerade richtig verstanden habe, dann soll die Geschäftsordnung vor allem

einem Zweck dienen, die AfD in ihren parlamentarischen Rechten einzuschränken. Meine Damen und Herren, das ist eine bemerkenswerte Interpretation eines Regelwerkes, das für alle Abgeordneten und für alle Fraktionen gleichermaßen gilt.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Aber es ist hier die Rede von deutlicher Verschlechterung, von Kleinhalten, von Missverhältnis,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

vom parlamentarischen Betriebsunfall, als den Sie sich sehen wollen. Eine Geschäftsordnung ist kein Instrument gegen eine Fraktion, sie ist ein gemeinsames Regelwerk unseres Parlaments. Und deshalb sollten wir nicht über unterstellte Motive sprechen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Robert Schnell, AfD)

sondern über das, was tatsächlich in diesem Entwurf steht.

Mit der vorliegenden Geschäftsordnung verfolgen wir folgende wesentlichen Ziele: ein arbeitsfähiges Parlament, einen fairen demokratischen Wettbewerb und einen respektvollen Umgang miteinander, wobei ich bei dem Vorredner da meine Zweifel habe.

(Heiterkeit bei Thore Stein, AfD)

Erstens stärken wir die Rechte der Abgeordneten und die parlamentarische Debatte. Künftig erhält jede Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten. Bisher waren es zweieinhalb Minuten. Gleichzeitig passen wir den zusätzlichen Redezeitanteil je Fraktionsmitglied an. Das ist eine bewusste Entscheidung zugunsten der parlamentarischen Vielfalt.

(Heiterkeit bei Martin Schmidt, AfD)

Und es bleibt bei Paragraf 85a, wo wir die besondere Rolle der Opposition im Verhältnis zur Regierung einfach weiter beibehalten. Kommt es zur Überschreitung von einem Regierungsmitglied, der angemeldeten Redezeit, dann steht der über die angemeldete Redezeit hinausgehende Zeitraum den Oppositionsfraktionen zu. Der Rolle der Opposition wird weiterhin hinreichend Rechnung getragen.

Zweitens, wir machen die parlamentarische Kontrolle schneller und wirksamer. Und ein gutes Beispiel hierfür sind die Kleinen Anfragen. Wir kehren zu einer Antwortfrist von zehn Werktagen zurück, so, wie es sich schon in Mecklenburg-Vorpommern bereits bewährt hat. Die Landesregierung muss also künftig wieder deutlich schneller antworten. Das stärkt den Landtag, denn parlamentarische Kontrolle ist besonders dann wirksam, wenn Informationen aktuell sind und nicht erst Wochen später vorliegen.

(Julian Barlen, SPD: So ist es.)

Gleichzeitig begrenzen wir den Umfang einer einzelnen Kleinen Anfrage auf fünf Fragen mit jeweils einer Unterfrage. Das ist keine Begrenzung des Fragerechts.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Nein!)

Jede Abgeordnete/jeder Abgeordneter kann weiterhin so viele Kleine Anfragen stellen, wie er oder sie es für erforderlich hält,

(Julian Barlen, SPD: So ist es.)

aber erwarten, dass die einzelnen Anfragen klar strukturiert und in angemessener Zeit beantwortbar sind. Wir begrenzen nicht das Recht zu fragen, wir schaffen die Voraussetzungen, dass schneller geantwortet werden kann.

Drittens – und das ist mir besonders wichtig –, wir schützen die Würde und die Funktionsfähigkeit dieses Hauses.

Meine Damen und Herren, wir werden hier im Parlament hart miteinander streiten in der Sache, das gehört zur Demokratie dazu. Die parlamentarische Redefreiheit schützt auch scharfe, unbequeme und zugespitzte politische Aussagen. Ja, aber sie ist kein Freibrief dafür, die Regeln dieses Hauses bewusst zu missachten. Deshalb schaffen wir mit dem neuen Paragrafen 97a die Möglichkeiten, bei wiederholten und erheblichen Ordnungsverstößen ein Ordnungsgeld zu verhängen. Und ich frage mich, warum Sie das gerade als Angriff auf sich sehen. Das gilt für alle Fraktionen, ich habe es deutlich gemacht.

(Martin Schmidt, AfD:
Kommt auf die Richter drauf an.)

Und ich sage es ganz ausdrücklich,

(Stephan Johannes Reuken, AfD:
Wir werden ja sehen, wie das
Präsidium zusammengesetzt ist. –
Zuruf von Robert Schnell, AfD)

es geht nicht darum, was jemand politisch denkt oder welche Meinung er vertritt, es geht darum, wie wir miteinander umgehen und ob wir die Regeln dieses demokratischen Hauses achten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und das Mittel der Ordnungsgelder ist keineswegs neu. Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Bayern kennen bereits entsprechende Regeln. Wir sind hier also nicht die Ersten.

Viertens, zur Alterspräsidentschaft. Die AfD möchte, dass wieder das älteste Mitglied die konstituierende Sitzung eröffnet, aber wir finden, Lebensalter allein begründet keine besondere parlamentarische Erfahrung.

(Heiterkeit bei Thore Stein, AfD)

Gerade bei der ersten Sitzung kommt es auf eine verlässliche und souveräne Verhandlungsführung an,

(Thore Stein, AfD: Klar!)

deshalb halten wir die parlamentarische Erfahrung für den sachgerechteren Maßstab. Das ist unsere Meinung, und darin unterscheiden wir uns eben.

Fünftens, zur Abberufung von Ausschussvorsitzenden. Herr da Cunha hat bereits ausgeführt, dass wir erstmals

die Möglichkeit einer Abwahl von Ausschussvorsitzenden schaffen.

(Unruhe bei Robert Schnell, AfD)

Die AfD kritisiert, dass die nachhaltig zerstörte Vertrauensgrundlage ein so unbestimmter Rechtsbegriff sei. Dabei gilt, unbestimmte Rechtsbegriffe sind nicht automatisch unzulässig – sie gehören zum juristischen Alltag, das weiß jeder Volljurist/jede Volljuristin –, entscheidend ist, dass sie anhand konkreter Umstände ausgelegt und überprüft werden können. Und unser Entwurf enthält eine zusätzliche Hürde. Nicht allein das zerstörte Vertrauen gehört dazu, auch die Funktionsfähigkeit des Ausschusses muss erheblich beeinträchtigt sein. Es reicht also nicht, dass eine Mehrheit mit einem Ausschussvorsitzenden politisch unzufrieden ist, es braucht konkrete, nachvollziehbare Gründe. Wir schaffen damit keinen Freibrief für politische Abberufung, sondern eine Regelung für den Fall, dass die Arbeit eines Ausschusses erheblich gestört ist.

Insgesamt legen wir Ihnen einen Entwurf der Geschäftsordnung vor, die einen fairen demokratischen Umgang miteinander garantiert. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alterspräsident Ralf Mucha: Schönen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Jutta Wegner.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Nein.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD, Die Linke
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Stephan Johannes Reuken, AfD:
Das wird erst entschieden heute.)

Sehr geehrter Herr Mucha! Sehr geehrter Herr Alterspräsident!

(Julian Barlen, SPD: Noch nicht! Noch nicht!)

Noch nicht.

Liebe Abgeordnete der demokratischen Fraktionen! Es ist Ausdruck der Souveränität der Bürger/-innen dieses Landes, dass unser erster Beschluss einer neuen Geschäftsordnung gilt, denn kein früher bestimmter Landtag darf einem künftigen und damit der Wahlentscheidung vorgreifen. Schließlich dient diese Geschäftsordnung als Grundlage unserer Zusammenarbeit in den kommenden fünf Jahren. Für jede weitere Debatte und für jeden folgenden Beschluss ist das die Basis für unser Verhältnis als Fraktion wie auch als einzelne Abgeordnete untereinander – nach innen und nach außen. Und natürlich unterliegt diese Geschäftsordnung der Landesverfassung, und natürlich greifen wir auch bei dieser Fortschreibung der Geschäftsordnung auf die bewährten Regelungen aus acht Legislaturperioden zurück. Und natürlich setzen wir nach wie vor auf Fairness als parlamentarischen Grundkonsens. Deshalb sind die vorgenommenen Änderungen weit überwiegend lediglich notwendige Anpassungen an aktuelle Gegebenheiten, auf die ich hier nicht näher eingehen muss.

Aber gerade die vergangenen beiden Wahlperioden, ganz besonders die jüngste, haben gezeigt, dass Menschen im demokratischen Umgang miteinander offenbar nicht mehr selbstverständlich, nicht mehr so selbstverständlich, dass manches – Entschuldigung! – im demokratischen Umgang miteinander offenbar nicht mehr so selbstverständlich ist, wie das früher der Fall war,

(Martin Schmidt, AfD:
Hannes Damm, oder was?!)

und dass wir dafür einiges, wenn auch nur weniges, schärfen müssen.

Philipp da Cunha und Jacqueline Bernhardt haben auf die meisten Änderungen schon hingewiesen. Ich möchte deshalb auf einige wenige hier eingehen und ein bisschen was zu Ihren Änderungsanträgen, liebe Kolleg/-innen von der AfD, sagen.

Mir persönlich, aber auch meiner Fraktion und auch den Kolleg/-innen von SPD und Linken war wichtig, eine Regelung zu finden, die es uns als Parlament ermöglicht, auch einen Ausschussvorsitzenden abzuberufen. Das war bislang in unserer Geschäftsordnung nicht vorgesehen, nicht einmal bei grober Pflichtverletzung, unangemessenem Verhalten im Ausschuss oder in der Öffentlichkeit. Damit blieb die konkrete körperliche Gewaltandrohung des Ausschussvorsitzenden Herrn Schmidt gegenüber der Ministerpräsidentin

(Unruhe bei Martin Schmidt, AfD)

auf seinem Social-Media-Kanal empörend folgenlos.

(Heiterkeit bei Martin Schmidt, AfD)

Ein solch eklatanter Bruch mit dem parlamentarischen Grundsatz der Gewaltfreiheit kann künftig auf Antrag des Ausschusses

(Martin Schmidt, AfD:
Wie oft denn noch?)

zu einer Abberufung durch die Landtagspräsidentin führen. Und das ist gut so!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie gleichzeitig Sturm laufen gegen die Einführung eines Ordnungsgeldes, entlarvt Sie noch zusätzlich.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Was?!)

Die Regelungen – das haben meine Vorredner/-innen schon gesagt – gelten für uns alle für die Ordnung in unserem Parlament, an die wir uns gemeinsam gebunden fühlen. Mit Ihrem Widerspruch machen Sie eigentlich nur deutlich, dass es Ihnen nicht um den gepflegten Diskurs – gern auch mal deftig – geht,

(Johannes Barsch, SPD: Richtig!)

sondern dass Sie Ihren Hass und Ihre Hetze ungestört und ungestraft hier im Parlament verbreiten wollen.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Oh!)

Die Tatsache, dass hier in der zurückliegenden Legislatur bei Ihnen oft mehr Social-Media-Leute als Abgeordnete im Plenum zugegen waren, zeigt doch, worum es Ihnen eigentlich geht:

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Stephan Johannes Reuken, AfD:
Was ist das denn für ein Unsinn?! –
Thore Stein, AfD: Frechheit!)

mediale Aufmerksamkeit.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und die letzte wesentliche Änderung der Geschäftsordnung betrifft schließlich die Kleinen Anfragen. Hierfür wurde nach den Erfahrungen der vergangenen Legislatur die Antwortfrist der Landesregierung unter Paragraf 64 auf zehn Tage verkürzt. Das stärkt erheblich die Informationsrechte der Opposition. Um allerdings die Halbierung der bisherigen Frist zu gewährleisten, musste der Umfang der Kleinen Anfragen unter Absatz 2 dann auf fünf Fragen halbiert werden, damit es möglich sein kann, und auf eine Unterfrage begrenzt werden. Dass Sie das mit Ihrem Änderungsantrag nicht akzeptieren wollen, zeigt eigentlich nur, dass Sie das Instrument der Kleinen Anfrage nicht zur Kontrolle, im Kern nicht zur Kontrolle der Regierung nutzen wollen, sondern die Informationen zu Ihnen missliebigen Umständen erhalten, die Sie für Ihren Hass und Ihre Hetze verwenden können.

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der AfD –
Nikolaus Kramer, AfD, und
Stephan Johannes Reuken, AfD: Nein! Ah!)

Die kürzlich veröffentlichte Studie der Böckler-Stiftung entlarvt Ihr Verhalten doch nur zu klar.

(Zuruf von Johannes Barsch, SPD)

Außerdem sollen zu spät beantwortete Kleine Anfragen nach Absatz 3 künftig nur noch dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn sie nicht bis zur nächstfolgenden Sitzung beantwortet worden sind.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Paranoia.)

Damit bleiben Rechte gewahrt und unnötige Debattenschleifen erspart.

Mit diesen drei bedeutenden – aus meiner Sicht – und überaus sinnvollen Änderungen sowie einigen kleinen und notwendigen Anpassungen legen wir nun den Grundstein zur neuen Geschäftsordnung zur 9. Wahlperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich wünsche uns auf dieser Basis gute Beratungen und eine glückliche Hand für unser Land. Ich und meine Fraktion bitten daher um Zustimmung zur Annahme der vorliegenden Geschäftsordnung. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Martin Schmidt, AfD: Ist ja eh schon abgekaspert.)

Alterspräsident Ralf Mucha: Schönen Dank, Frau Abgeordnete!

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern der 9. Wahlperiode gemäß dem Antrag auf Drucksache 9/1.

Ich rufe auf die Paragrafen 1 bis 114 sowie die Anlagen 1 bis 6 und die Überschrift gemäß dem Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 9/1. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor, über die ich zunächst abstimmen lasse.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 9/14, der die Änderung des Paragrafen 1 Absatz 2 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 9/14

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Gegenstimmen abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 9/15, der die Änderung in Paragraf 11 Absatz 1a betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 9/15 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 9/16, der die Änderung des Paragrafen 64 Absatz 1 und 2 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 9/16 ebenfalls bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 9/17, der die Änderung des Paragrafen 81 Absatz 4 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 9/17 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 9/18, der die Änderung des Paragrafen 84 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 9/18 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 9/19, der die Änderung in Paragraf 86 Absatz 2 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 9/19 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 9/20, der die Änderung der Inhaltsübersicht sowie der Paragrafen 97a, 99 und 100 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 9/20 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer den Paragrafen 1 bis 114, den Anlagen 1 bis 6 sowie der Überschrift gemäß dem Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 9/1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums

Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 9/1 bei Zustimmung der Fraktionen die SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ansonsten Gegenstimmen angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**: Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages. Hierzu liegen Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion der SPD auf Drucksache 9/2 sowie ein Wahlvorschlag der Fraktion der AfD auf Drucksache 9/3 vor. Die Fraktion der SPD schlägt vor, die Abgeordnete Birgit Hesse zur Präsidentin des Landtages zu wählen. Die Fraktion der AfD schlägt vor, den Abgeordneten Carlos Dias Rodrigues zum Präsidenten des Landtages zu wählen.

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 9/2 –

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 9/3 –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 2 Absatz 1 unserer soeben beschlossenen Geschäftsordnung wird die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten geheim durchgeführt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Sie erhalten, nein, den Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem vorläufigen Schriftführer. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt. Sie haben für den Stimmzettel nur eine Stimme. Ich möchte Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in eine der Wahlkabinen zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Wahlkabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne geben, bitte ich Sie, der vorläufigen Schriftführerin Ihren Namen zu nennen. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass die Stimme ungültig ist, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, kein Kreuz oder mehr als ein Kreuz enthält, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist oder die Stimme außerhalb der Wahlkabine oder nicht geheim abgegeben worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die vorläufigen Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist.

(Die Schriftführer/-innen überzeugen sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages und bitte den vorläufigen Schriftführer zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Wahl und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 15:11 Uhr

_____

Wiederbeginn: 15:18 Uhr

Alterspräsident Ralf Mucha: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben, davon waren 70 gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Frau Birgit Hesse 39 Abgeordnete und für den Abgeordneten Herrn Carlos Dias Rodrigues 31 Abgeordnete.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr gut!)

Ich …

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stelle fest, dass die Abgeordnete Frau Birgit Hesse die nach Artikel 32 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 2 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit zur Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gewählt ist.

Ich frage Sie, Frau Hesse: Nehmen Sie die Wahl zur Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern an?

Birgit Hesse, SPD: Ja.

Alterspräsident Ralf Mucha: Frau Präsidentin, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses, und auch ich selbst wünsche Ihnen viel Glück und Erfolg für Ihr verantwortungsvolles Amt zum Wohle unseres Landes.

Damit habe ich meine Aufgabe erfüllt

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und bitte Sie, Frau Präsidentin, Ihr Amt zu übernehmen. Vielen Dank!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erheben sich von ihren Plätzen. – Gratulationen)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich herzlich! Soeben von der Mehrheit der Mitglieder dieses Hauses mit der Übernahme des Amtes der Landtagspräsidentin in der 9. Wahlperiode betraut worden zu sein, ehrt mich und wird mir stets besondere Verpflichtung sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer Demokratie entscheiden Mehrheiten, und die Mehrheit dieses Parlaments hat sich für mich als Präsidentin entschieden,

und ich möchte mich noch mal von Herzen dafür bedanken, möchte in den Dank auch einschließen, dass ich mich darüber freue, dass alle Fraktionen gratuliert haben. Vielen Dank noch einmal für die Gratulation!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enrico Schult, AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, gestatten Sie mir ein paar Worte.

Der Plenarsaal des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, dessen Sitz gemäß unserer Landesverfassung das Schweriner Schloss ist, ist der zentrale Ort der Demokratie in unserem Bundesland. Heute erleben wir hier in diesem Saal die erste konstituierende Sitzung einer Wahlperiode unter normalen Bedingungen. Im Jahr 2016 machten die Bauarbeiten in diesem Teil des Schlosses es erforderlich, die erste Sitzung des Landtages der 7. Wahlperiode in das Mecklenburgische Staatstheater auszulagern. 2021 – einige erinnern sich noch – kamen die Abgeordneten der mit Beginn unserer heutigen Sitzung nunmehr beendeten 8. Wahlperiode zwar in unserem Plenarsaal zusammen, dies jedoch geschah unter den Bedingungen der damals aufgrund der Corona-Pandemie geltenden Hygiene- und Abstandsregeln. Herausfordernd war dies für die Abgeordneten und Fraktionen, insbesondere aber auch für die Landtagsverwaltung.

Das Ergebnis der Landtagswahl vom 20. September dieses Jahres hat die Landtagsverwaltung erneut vor Herausforderungen gestellt, die sie gleichwohl zügig, aber auch routiniert, so, wie wir es kennen, abgearbeitet hat. Beispielsweise wurde dieser Plenarsaal so rechtzeitig umgebaut, dass er heute bereits die Sitzordnung abbildet, auf die wir uns im Vorältestenrat für die neue Wahlperiode verständigt haben. Auch um die Arbeitsfähigkeit der Abgeordneten und Fraktionen kümmert sich die Verwaltung unter Führung von Landtagsdirektor Armin Tebben mit Hochdruck. Es wurden bereits wichtige Entscheidungen zur Vergabe von Räumen im Schloss wie auch in den Außenliegenschaften vorbereitet, die mit dem heutigen Tage Zug um Zug angegangen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, ich darf in Ihrer aller Namen sprechen, wenn ich mich stellvertretend für das Parlament dafür bei unserer Parlamentsverwaltung und namentlich bei dir, lieber Armin, herzlich bedanke, dass wir heute hier so tagen dürfen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis der Landtagswahl vom 20. September 26 ist in vielerlei Hinsicht ein besonderes. Zuvorderst nennen möchte ich die Wahlbeteiligung in Höhe von 78 Prozent. Nur einmal, im Jahr 1998, wurde dieser Wert bei einer Landtagswahl übertroffen, um 1,4 Prozent. Allerdings wurde damals parallel zum Landtag auch der Deutsche Bundestag neu gewählt. Verglichen mit denjenigen Landtagswahlen in unserem Bundesland, die nicht zeitgleich mit einer Bundestagswahl stattfanden, sticht das Wahlergebnis vom 20. September deutlich heraus. Hinzu kommt, dass bei der Betrachtung der absoluten Zahlen bei keiner Landtagswahl ohne eben parallele Bundestagswahlen jemals so viele Menschen von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben wie vor einem Monat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das spricht für die Vitalität unserer Demokratie, und es zeigt, dass den Menschen hier im Land keinesfalls egal ist, was in unserem Bundesland politisch passiert und wie beziehungsweise von wem sie regiert werden. Ich wiederhole hier an dieser Stelle gern, was ich bereits zu verschiedenen Gelegenheiten gesagt habe: Politikverdrossenheit sieht anders aus. Die Zahlen, die ich eben gerade genannt habe, zeigen, die Menschen kümmern sich um die Politik hier im Land.

Und besonders, das gehört aber auch dazu, ich möchte es auch an dieser Stelle erwähnen, ist das Wahlergebnis, dass in dieser Wahlperiode einige Fraktionen nicht mehr in diesem Parlament vertreten sind. Das Scheitern der CDU nach 36 Jahren Zugehörigkeit zu diesem Landtag stellt eine Zäsur dar. Persönlich habe ich mir dies nicht vorstellen können und in den Wochen nach der Wahl aus unterschiedlichen politischen Lagern immer wieder vernommen, dass die christdemokratische Stimme in unserem Parlament fehlen wird.

Zum Gesamtbild gehört aber auch, dass andere Parteien an der 5-Prozent-Hürde gescheitert sind. Die FDP-Fraktion wiederum hat den Wiedereinzug ins Parlament nicht geschafft, und BSW ist knapp gescheitert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Legislatur wird herausfordernd werden, und ich begrüße ausdrücklich die Überlegungen aus den Sondierungsgesprächen zu mehr Bürgerbeteiligung. Das ist richtig, sie können ein guter Baustein sein, um dem Auftrag, der sich für uns alle aus dem Wahlergebnis ergibt, gerecht zu werden. Wir alle tun gut daran, wenn wir den Menschen im Land zuhören und ihre Sorgen, Probleme oder auch Wünsche in unser Handeln einfließen lassen. Der Alterspräsident hat vorhin bereits verschiedene Themen benannt. Dafür sind wir für die kommenden fünf Jahre gewählt worden. Die Wählerinnen und Wähler haben uns ihr Vertrauen geschenkt. Das soll uns immer wieder Ansporn sein und gilt für die bisherig schon im Landtag angehörigen Abgeordneten wie auch für 33 neue Abgeordnete, die ich an dieser Stelle auch recht herzlich begrüßen möchte und ihnen einen guten Start in die Arbeit als Abgeordnete wünsche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf uns alle wird geachtet werden von den Medien wie auch von den Wählerinnen und Wählern. Was hier in diesem Plenarsaal geschieht, hat Vorbildwirkung und strahlt ins Land. Und ich möchte deshalb anknüpfen an das, was unser Alterspräsident Ralf Mucha vorhin angesprochen hat: Lassen Sie uns hier in diesem Hause respektvoll miteinander umgehen und stets die Würde des Parlaments wahren. Lassen Sie uns nie die Werte des Grundgesetzes und unserer Landesverfassung aus den Augen verlieren, welche die Würde des Menschen unter einen ganz besonderen Schutz stellt. Hart in der Sache zu streiten, das soll und darf unbedingt zu unseren Debatten gehören, aber fair und respektvoll im Umgang, das ist das Gebot der Stunde. Unterschiedliche Positionen, Meinungen oder auch Werte sind beim Ringen um Mehrheiten meiner festen Überzeugung nach kein Problem. Der Respekt vor dem Argument der anderen Seite und nicht zuletzt gegenüber der Person, die es vorbringt, macht den Unterschied.

Ich möchte deshalb zu Beginn der neuen Wahlperiode erneut werben für das, was uns die im Februar dieses Jahres verstorbene ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth, hier eben an dieser Stelle bei einer Veranstaltung ans Herz gelegt hat. Sie hat gesagt und

damit ihren Vater zitiert: „Bedenke immer, dass der andere auch recht haben könnte.“ Wer sich dies zu eigen macht, streitet wertschätzend und nimmt positiv Einfluss auf die Streitkultur hier in diesem Hause. Scharf vorgetragene Argumente in der Sache und kluge Zwischenrufe bleiben trotzdem ausdrücklich erlaubt und erwünscht. Es gibt jedoch eine Grenze zwischen einem scharfen Argument in der Sache beziehungsweise zu tolerierenden Zwischenrufen und einem persönlichen, verletzenden Angriff auf eine Person. Letztere werde ich zu keinem Zeitpunkt hinnehmen. Gehen wir respektvoll miteinander um, stärken wir die Demokratie im Land. Das ist meine feste Überzeugung, denn wie gesagt, auf uns wird geachtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so mühevoll die Demokratie errungen wurde und so sehr wir von den mit ihr verbundenen Freiheitsrechten profitieren, so wenig selbstverständlich ist ihr Fortbestand, wenn wir uns nicht immer wieder auch jenseits von Wahlen starkmachen für sie. Ja, das macht Demokratie manchmal anstrengend, aber es ist so unglaublich wertvoll und auch ein Privileg, in einer demokratischen Gesellschaft leben zu dürfen. Deshalb lohnt sich jeder Einsatz für sie.

Mich persönlich leitet genau das. Deswegen wird ein Schwerpunkt meiner Arbeit sein, mit den Menschen auf vielfältigste Weise ins Gespräch zu kommen. Ich möchte befördern, dass sich Menschen auch außerhalb von Wahlen politisch informieren und einbringen. Miteinander ins Gespräch zu kommen, statt übereinander zu reden, das steht dabei über allem.

Die begonnene stärkere Einbindung junger Menschen werde ich deshalb fortsetzen und zum Beispiel an der von mir initiierten Kinder- und Jugendparlament-Konferenz festhalten. Nach 2021, 23 und 25 soll sie im kommenden Jahr dann zum vierten Mal stattfinden. Auch das in den vergangenen Wahlperioden neu entwickelte Format „Jugendtag“ wird weitergeführt. Ich bedanke mich ausdrücklich beim Landesfeuerwehrverband und beim Landessportbund für diese tolle Zusammenarbeit. So sind wir mit vielen tollen jungen Menschen auf Augenhöhe ins Gespräch gekommen.

Weiterhin, und das ist mir auch wichtig, an dieser Stelle sehr deutlich zu machen, möchte ich mich auch für die Arbeit unseres Besucherdienstes bedanken, die es immer wieder in einer so vorbildlichen Art und Weise schaffen, die Menschen für unseren Landtag zu begeistern, zu informieren, und vor allen Dingen auch die Menschen mit einem wirklich guten Gefühl nach Hause entlassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kurzum, für uns alle wird es wichtig sein, dass dieses Schloss, dass dieser Landtag, dass dieser Plenarsaal für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern erlebbar ist. Dazu gehören bewährte Formate wie beispielsweise Tag der offenen Tür, unsere Parlamentarischen Abende, aber auch die Konzertreihen im Schlossinnenhof und, und, und.

Nichts ist aber so gut, dass es nicht verbessert werden könnte, und insofern möchte ich auch dafür werben, dass wir wieder mehr in die Fläche, dass wir mehr nach draußen gehen, dass wir wieder als Landtag auch in der Fläche gesehen werden. Insofern, denke ich, macht es Sinn, viele Veranstaltungen auch mit der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ zu verknüpfen, weil auch das ein tolles Instrument ist, Gemeinwesen, demokratisches Gemeinwesen zu stärken.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein persönliches Anliegen von mir ist es, in dieser Legislatur gerade auch die Frauen hier in diesem Parlament, aber auch die Frauen in Mecklenburg-Vorpommern weiter zu stärken und für Politik zu begeistern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen im Land haben uns, die wir hier heute im Plenarsaal ein erstes Mal zusammengetreten sind, damit beauftragt, stellvertretend für sie Mecklenburg-Vorpommern weiterzuentwickeln und in eine gute Zukunft zu führen. Hierfür wünsche ich uns allen bestmöglichen Erfolg.

Zu guter Letzt möchte ich mich ganz herzlich – und ich hoffe, ich darf das im Namen von Ihnen allen sagen – bei unserem Alterspräsidenten Ralf Mucha für die Ausübung seines Amtes ganz herzlich bedanken.

Lieber Ralf, du hast das ganz hervorragend gemacht und damit die neue Legislaturperiode würdevoll eingeleitet. Vielen herzlichen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und jetzt wünsche ich uns allen einen guten Start in die neue Wahlperiode. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der AfD hat eine Auszeit beantragt. Insofern unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten.

Unterbrechung: 15:35 Uhr

Wiederbeginn: 15:53 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Wahl der ersten Vizepräsidentin oder des ersten Vizepräsidenten des Landtages. Hierzu liegen Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 9/4 sowie ein Wahlvorschlag der Fraktion der AfD auf Drucksache 9/22 vor. Die Fraktion Die Linke schlägt vor, die Abgeordnete Simone Oldenburg zur ersten Vizepräsidentin des Landtages zu wählen. Die Fraktion der AfD schlägt vor, den Abgeordneten Carlos Dias Rodrigues zum ersten Vizepräsidenten des Landtages zu wählen.

Wahl der ersten Vizepräsidentin oder des ersten Vizepräsidenten des Landtages

Wahlvorschlag der Fraktion Die Linke – Drucksache 9/4 –

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 9/22 –

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in

Verbindung mit Paragraf 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung wird die Wahl geheim durchgeführt, das kennen Sie. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

Wir kommen zur Wahl der ersten Vizepräsidentin oder des ersten Vizepräsidenten des Landtages. Den Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem vorläufigen Schriftführer beziehungsweise der Schriftführerin. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt. Sie haben für den Stimmzettel nur eine Stimme. Ich möchte Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in eine der Wahlkabinen zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne geben, bitte ich Sie, der vorläufigen Schriftführerin Ihren Namen zu nennen. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Stimme ungültig ist, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, kein Kreuz oder mehr als ein Kreuz enthält, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist oder die Stimme außerhalb der Wahlkabine oder nicht geheim abgegeben worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die vorläufige Schriftführerin oder den Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist.

(Die Schriftführer/-innen überzeugen sich davon,
dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Vielen Dank!

Ich eröffne die Wahl der ersten Vizepräsidentin oder des ersten Vizepräsidenten des Landtages und bitte den vorläufigen Schriftführer, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn das der Fall ist, schließe ich die Wahl und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 16:08 Uhr

Wiederbeginn: 16:12 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte, wieder Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung ist eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Wahl der ersten Vizepräsidentin oder des ersten Vizepräsidenten des Landtages bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben, davon waren 71 Stimmen gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Simone Oldenburg 39 Abgeordnete, es stimmten für den Abgeordneten Carlos Dias Rodrigues 32 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass die Abgeordnete Simone Oldenburg die nach Artikel 32 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit zur ersten Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern gewählt worden ist.

Bevor jetzt der Applaus kommt, ich frage zunächst: Frau Oldenburg, nehmen Sie die Wahl an?

Simone Oldenburg, Die Linke: Ja.

(lang anhaltender Beifall
vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Inken Arndt, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Vizepräsidentin, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses und auch ich wünsche Ihnen viel Glück und Erfolg für die verantwortungsvolle Aufgabe zum Wohle unseres Landes! Und natürlich auf gute Zusammenarbeit! Herzlichen Glückwunsch!

(lang anhaltender Beifall
vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
erheben sich von ihren Plätzen. –
Gratulationen)

Vielen Dank!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitens der AfD-Fraktion ist eine zehnminütige Auszeit beantragt worden. Das heißt, wir setzen unsere Sitzung fort um 16:25 Uhr.

Unterbrechung: 16:15 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung
wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 16:37 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, wieder Platz zu nehmen. Ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Und ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Wahl der zweiten Vizepräsidentin oder des zweiten Vizepräsidenten des Landtages. Hierzu liegen Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 9/5 und ein Wahlvorschlag der Fraktion der AfD auf Drucksache 9/23 vor. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt vor, die Abgeordnete Maya Tischler zur zweiten Vizepräsidentin des Landtages zu wählen. Die Fraktion der AfD schlägt vor, den Abgeordneten Carlos Dias Rodrigues zum zweiten Vizepräsidenten des Landtages zu wählen.

**Wahl der zweiten Vizepräsidentin oder
des zweiten Vizepräsidenten des Landtages**

**Wahlvorschlag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 9/5 –**

**Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/23 –**

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung wird die Wahl geheim durchgeführt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

Wir kommen zur Wahl der zweiten Vizepräsidentin oder des zweiten Vizepräsidenten des Landtages. Den Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem vorläufigen Schriftführer. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt. Sie haben für den Stimmzettel nur eine Stimme. Ich möchte Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in eine der Wahlkabinen zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne geben, bitte ich Sie, der vorläufigen Schriftführerin oder dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Ich möchte Sie erneut noch darauf hinweisen, dass die Stimme ungültig ist, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, kein Kreuz oder mehr als ein Kreuz enthält, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist oder die Stimme außerhalb der Wahlkabine oder nicht geheim abgegeben worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die vorläufigen Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist.

(Die Schriftführer/-innen überzeugen sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Vielen Dank!

Ich eröffne die Wahl der zweiten Vizepräsidentin oder des zweiten Vizepräsidenten des Landtages und bitte den vorläufigen Schriftführer, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Wahl und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 16:51 Uhr

Wiederbeginn: 16:54 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Ergebnis der geheimen Wahl der zweiten Vizepräsidentin oder des zweiten Vizepräsidenten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 71 Stimmen abgegeben, davon waren 71 Stimmen gültig. Für die Abgeordnete Maya Tischler stimmten 39 Abgeordnete, für den Abgeordneten Carlos Dias Rodrigues stimmten 32 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass die Abgeordnete Maya Tischler die nach Artikel 32 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 2 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit zur zweiten Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern gewählt worden ist.

Und bevor wieder der tosende Applaus kommt, frage ich Sie, Frau Tischler: Nehmen Sie die Wahl an?

Maya Tischler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Vizepräsidentin ...

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erheben sich von ihren Plätzen.)

Frau Vizepräsidentin, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gratulationen – Der Abgeordnete Enrico Schult überreicht dem Abgeordneten Carlos Dias Rodrigues einen Blumenstrauß. – lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Die Abgeordneten der Fraktion der AfD erheben sich von ihren Plätzen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, wieder Platz zu nehmen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Wahlgänge und ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Berechnungsverfahren für die Dauer der neunten Wahlperiode, Drucksache 9/6.

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Berechnungsverfahren für die Dauer der neunten Wahlperiode
– Drucksache 9/6 –

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Vorältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 9/6. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltungen? – Vielen herzlichen Dank! Damit ist der Antrag auf Drucksache 9/6 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7**: Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer des Landtages.

Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer des Landtages

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/7 –

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 9/8 –

Wahlvorschlag der Fraktion Die Linke
– Drucksache 9/9 –

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 9/10 –

Nach Artikel 29 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 2 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung sind vom Landtag 16 Schriftführerinnen und Schriftführer zu wählen. Die Wahl kann offen durch Handaufheben erfolgen, wenn kein Mitglied des Landtages widerspricht.

Auf den Drucksachen 9/7 bis 9/10 liegen Ihnen die entsprechenden Wahlvorschläge der Fraktionen vor.

(Der Abgeordnete Enrico Schult
tritt an das Präsidium heran.)

Ich lese nur meinen Text zu Ende vor und dann machen wir die zehn Minuten.

Wir fahren zunächst einmal fort: Im Vorältestenrat wurde vereinbart, die Wahl offen durch Handaufheben durchzuführen. Ich sehe hierzu aber keinen Widerspruch, damit ist das so beschlossen und wir werden so verfahren.

Bevor wir jetzt aber zu den Wahlvorschlägen kommen, ist vonseiten der Fraktion der AfD eine zehnminütige Auszeit beantragt worden.

Unterbrechung: 16:59 Uhr

Wiederbeginn: 17:00 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Liebe Kolleginnen und Kollegen, da mir zunächst seitens der Fraktion der AfD mitgeteilt worden ist, dass die Auszeit von zehn Minuten nicht gebraucht wird, sondern wir weiter fortfahren können, würde ich das gerne auch aufnehmen.

Vonseiten der Fraktion der AfD ist der Wahlvorschlag auf Drucksache 9/7 – ich gucke jetzt mal in die Richtung – zurückgezogen worden. Das heißt, über diesen wird jetzt nicht abgestimmt werden. Das heißt, wir stimmen nur über die drei übrigen Wahlvorschläge der jeweiligen Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Korrekt. Dann verfahren wir so.

Und ich rufe auf den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD auf Drucksache 9/8. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Wahlvorschlag auf Drucksache 9/8 bei Zustimmung durch die Fraktion Die Linke, der Fraktion der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung durch die Fraktion der AfD angenommen.

Ich rufe auf den Wahlvorschlag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 9/9. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Wahlvorschlag auf Drucksache 9/9 bei gleichem Stimmverhalten wie eben angenommen.

Ich rufe auf den Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 9/10. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Wahlvorschlag auf Drucksache 9/10 bei gleichem Stimmverhalten wie eben angenommen.

Somit sind die von den drei Fraktionen, die ich eben genannt habe, vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als Schriftführerinnen und Schriftführer gewählt. Ich übermittle allen gewählten Schriftführerinnen und Schriftführern die Glückwünsche des Hauses und wünsche uns eine gute Zusammenarbeit. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte nun die Schriftführerin Mandy Pfeifer und den Schriftführer Sebastian Hüller, neben mir Platz zu nehmen, und bedanke mich recht herzlich bei den vorläufigen Schriftführern für ihre Arbeit. Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Einsetzung eines vorläufigen Ausschusses.

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einsetzung eines vorläufigen Ausschusses
– Drucksache 9/11 –

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Vorältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 9/11. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag auf Drucksache 9/11 einstimmig angenommen und der vorläufige Ausschuss gemäß Paragraf 9 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eingesetzt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, Drucksache 9/12.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes
zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
(Erste Lesung)
– Drucksache 9/12 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute bringen wir Änderungen des Abgeordnetengesetzes in Erster Lesung hier ins Plenum ein. Im Mittelpunkt stehen die Unabhängigkeit des Mandates, klare Pflichten und nachvollziehbare Konsequenzen bei Verstößen. Heute beginnt die Beratung, verabschiedet wird es dann hoffentlich im Dezember und zwischendurch geht es in den vorläufigen Ausschuss zur weiterführenden Beratung.

Meine Damen und Herren, das Mandat steht im Mittelpunkt der Tätigkeit. Nebentätigkeiten bleiben grundsätz-

lich erlaubt. Klar ist aber auch, niemand darf Geld oder geldwerte Vorteile dafür annehmen, fremde Interessen im Landtag zu vertreten. Ebenso unzulässig sind Honorare für Vorträge mit Mandatsbezug und Zahlungen ohne angemessene Gegenleistung. Die Anzeigepflichten für Berufe, Funktionen, Beteiligungen und Einkünfte bleiben im Kern bestehen. Wir fassen sie sprachlich klarer und ordnen die Vorschriften neu.

Erstmals regeln wir gesetzlich das Verfahren bei Verstößen gegen Anzeigepflichten. Der Sachverhalt muss aufgeklärt und das betroffene Mitglied angehört werden. Liegt kein Verstoß vor, wird das Verfahren eingestellt. Bei minder schweren Fällen oder leichter Fahrlässigkeit bleibt es bei einer Ermahnung. Bei darüber hinausgehenden Verstößen folgen eine veröffentlichte Feststellung und gegebenenfalls ein Ordnungsgeld, je nach Schwere und Verschulden. Unzulässig angenommene Zuwendungen müssen an den Landeshaushalt abgeführt werden.

Davon unterscheiden wir Ordnungsmaßnahmen im Plenum. Über die haben wir vorhin auch schon gesprochen. Drei Ordnungsrufe innerhalb von drei Sitzungswochen lösen grundsätzlich erst mal ein Ordnungsgeld aus. Bei gröblichen Verletzungen oder Verstößen ist außerdem der Ausschluss von bis zu 30 Sitzungstagen möglich. Für nicht nur geringfügige Verstöße gegen die Hausordnung sind ebenfalls Ordnungsgelder vorgesehen. Diese Regeln gelten für alle Abgeordneten. Politische Kritik und unbequeme Meinungen alleine rechtfertigen keine Sanktionen. Jede Maßnahme muss verhältnismäßig und gerichtlich überprüfbar sein.

Daneben ermöglichen wir die begrenzte Übertragung von Mitarbeiterbudgets ins Folgejahr, präzisieren die Altersversorgung und die Regeln für Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Der Höchstzuschuss für die Unterkunft am Landtagssitz steigt von 600 auf 750 Euro. Bei Entschädigungen und Kostenpauschalen übernehmen wir bereits geltende angepasste Beträge in den Gesetzestext. Wir präzisieren zudem die Berichts- und Prüfpflichten der Fraktionen, besonders bei ihrer Auflösung. Öffentliche Gelder müssen nachvollziehbar und zweckgerecht verwendet werden.

Zum Schluss auch noch einmal zur Fraktionsfinanzierung. Zum zweiten Mal in Folge gibt es zwei fünfköpfige Fraktionen, und bereits in der vergangenen Legislatur war es ein dauerhaftes Thema, denn die Erfahrungen der vergangenen Wahlperiode zeigen, wie schwer es ist, mit der aktuellen Fraktionsfinanzierung – gerade wenn es darum geht, eine fünfköpfige oder vierköpfige Fraktion wie zuletzt im Landtag zu haben –, wie schwer es ist, eine arbeitsfähige Geschäftsstelle zu finanzieren. Auch kleine Fraktionen müssen aber ihre Arbeit koordinieren und eigene Konzepte entwickeln können.

Deshalb ordnen wir das Modell neu: Grundbetrag, Betrag je Mitglied und ein Oppositionsschlag von 25 Prozent des Grundbetrages. Der Spezialisierungszuschlag, den wir aktuell haben bis zum zwölften Mitglied, entfällt dafür. Das entspricht keinem neu ausgedachten Verfahren, sondern wir kehren einfach zu einem alten Verfahren zurück, was in den letzten Wahlperioden bis, ich glaube, bis zur 7., nein, bis zur 6. Wahlperiode galt, und ab der 6. galt ein neues. Das entspricht, sozusagen die konkreten Beträge werden hier nicht festgelegt, das kommt zu einem späteren Zeitpunkt und muss entsprechend gesondert bemessen werden. Maßstab sind hierbei eine verlässliche Grundausstattung und die jeweilige Fraktionsgröße, unabhängig von politischen Positionen, entsprechend eine kleine Fraktion muss zumindest arbeitsfähig sein, eine große muss aber auch entsprechend ihrer Größe einen entsprechend größeren Betrag bekommen.

Ich bitte um gründliche Beratung im vorläufigen Ausschuss. Dabei müssen wir auch Gesetz und Geschäftsordnung aufeinander abstimmen, denn – wir haben es gerade gehört – Ordnungsgelder sind in beiden verankert. Hier haben wir die gesetzliche Grundlage. Unser Ziel sind tragfähige Regeln für alle Abgeordneten und Fraktionen, und deswegen bitte ich um die Überweisung. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 33 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Schult.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Kollegen, auch insbesondere hier im rechten Teil des Plenarsaals! Es ist schon ein imposantes Bild, hier in die Runde zu schauen.

Die Industrie- und Handelskammern der verschiedenen Bezirke in Mecklenburg-Vorpommern leiten ihre Konjunkturberichte zu Jahresbeginn 2026 mit folgenden Angaben ein:

IHK Neubrandenburg: „Die Geschäftslage in der gewerblichen Wirtschaft im östlichen Mecklenburg-Vorpommern hat sich noch einmal leicht verschlechtert gegenüber der Vorjahresumfrage.“

IHK zu Rostock: „Zu Jahresbeginn 2026 kann das Konjunkturklima im IHK-Bezirk Rostock nicht an die zaghaften Aufwärtsbewegungen der vergangenen Konjunkturumfragen anknüpfen.“

IHK zu Schwerin: „Die Wirtschaft in Westmecklenburg bleibt zu Jahresbeginn 2026 in einer Phase der Stagnation.“

Wesentlich schlechter, geradezu prekär ist die Haushaltslage der Kommunen. Als Beispiel für viele sei nur die Landeshauptstadt Schwerin genannt, wo die Finanzplaner der Stadt dem Haupt- und Finanzausschuss einen Haushaltsentwurf vorgelegt haben, der 2027 mit einem Defizit von 44,9 Millionen Euro abschließt.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Fraktionsvorsitzender, ich würde Sie bitten, zum Abgeordnetengesetz zu sprechen.

Enrico Schult, AfD: Da komme ich gleich dazu, Frau Präsidentin.

Wir Landtagsabgeordneten, die sich mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen, aber auch für unsere Kommunen auseinanderzusetzen haben, die

quasi die politischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen schaffen, sind dagegen in der glücklichen Situation, dass unsere Entschädigungen von selbst steigen. – Da ist jetzt der Bezug zum Abgeordnetengesetz. – So war es in der Vergangenheit und so soll es auch in der Zukunft sein, zumindest, wenn es nach dem vorliegenden Gesetzentwurf von Rot-Rot-Grün geht. Paragraf 28 des Abgeordnetengesetzes soll nach wie vor eine jährliche Anpassung der Abgeordnetenentschädigung an die Besoldung der Beamtinnen und Beamten und der Richterinnen und Richter vorsehen.

Die Landtagsabgeordneten sind gemäß Paragraf 6 des Abgeordnetengesetzes, dessen durch dieses Gesetz angepasste Fassung die zwischenzeitlichen Erhöhungen der Richter- und Beamtenbesoldung nachvollzieht, hervorragend ausgestattet. Noch gar keine Rede ist hierbei von den verschiedenen Funktionszulagen, von denen mehrere Abgeordnete und natürlich auch ich profitieren.

Doch die Zeiten haben sich geändert, sehr geehrte Damen und Herren! MV steht vor einem massiven Haushaltsdefizit. Der Landesrechnungshof warnt, und ich zitiere: „Die Einnahmen des Landes wachsen weiterhin schwächer als in früheren Jahren. Gleichzeitig steigen vor allem die laufenden, konsumtiven Ausgaben. Personalausgaben, soziale Leistungen und Zuweisungen an die Kommunen binden bereits heute große Teile des Haushalts.“ Der Landesrechnungshof führt weiter aus: „Die kommenden Jahre werden den politischen Akteuren jedoch schwierige Entscheidungen abverlangen.“

Und die erste für Sie alle schwierige Entscheidung – aber symbolisch wichtige Entscheidung – steht bereits jetzt mit dem Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes an. Angesichts der allgemeinen konjunkturellen Lage und der Herausforderungen, vor denen die Bürger im Land stehen, Unternehmer wie Beschäftigte, angesichts der höchst problematischen Situation, in der sich unsere Kommunen befinden, ist es schlicht unzumutbar und dem Bürger nicht zu vermitteln, dass die Landtagsabgeordneten, deren politisches Wirken sich idealerweise – idealerweise! – positiv auf die wirtschaftlichen Verhältnisse im Land auswirken sollte, sich weiterhin einen andauernden automatischen warmen Geldregen genehmigen, sehr geehrte Damen und Herren.

Die in Paragraf 28 des Abgeordnetengesetzes vorgesehenen fortlaufenden Erhöhungen der Abgeordnetenentschädigungen müssen wegfallen. Das heißt, dass die Diäten auf dem jetzigen Stand bis zum Ende der 9. Legislaturperiode eingefroren werden müssen, werte Kollegen.

Das ist im Übrigen nichts Besonderes. Auch in der freien Wirtschaft kann nur Geld verteilt werden, was auch tatsächlich da ist. Und bei einem Haushaltsdefizit, ich führte es aus, von 3 Milliarden Euro von 2028 bis 2030 wäre das ein erster Schritt der Haushaltskonsolidierung. Und wir können auch nicht immer so weitermachen, sehr geehrte Damen und Herren, als gäbe es der Haushalt noch her.

Schauen Sie sich an, VW will die Gehälter seiner Beschäftigten bis 2030 ebenfalls einfrieren. Daher sollen sich die Parteien, die eben eine Mitschuld haben am wirtschaftlichen Niedergang dieses Landes, solidarisch zeigen mit den Beschäftigten und ihre Abgeordnetengehälter ebenfalls einfrieren, sehr geehrte Damen und Herren. Eine angemessene, unsere Unabhängigkeit – und das ist ja auch wichtig – sichernde Entschädigung ist bei 7.440 Euro im Monat weiterhin gegeben. Hierin ist keine Beeinträchtigung der Abgeordnetentätigkeit zu sehen. Vielmehr könnte eine Abschaffung der automatischen Erhöhung dafür sorgen, den beim Bürger in weiten Kreisen bestehenden Eindruck einer Selbstbedienungsmentalität zu beseitigen.

Dies gilt auch für den in Paragraf 12 Abgeordnetengesetz, genau, Absatz 2 des Gesetzes, vorgesehenen Mietzuschuss. Herr da Cunha führte gerade aus. Eine Erhöhung auf 750 Euro ist weder angemessen noch notwendig. Alle Bürger haben mit steigenden Kosten zu kämpfen, ohne dass sie hierfür von irgendwem einen Mietzuschuss bekommen, außer vielleicht in Berlin. Da sind ja die Linken ganz vorne dabei, dass da jetzt alles staatlich geregelt wird, wer wo zu wohnen hat und wie viel das dann letztlich kostet für den Bürger.

Wir meinen, ein Zuschuss in Höhe von 600 Euro ist ausreichend, und deshalb wird die AfD-Landtagsfraktion auch hier Änderungsanträge einbringen. Und wir bitten Sie, noch mal in sich zu gehen und unseren Änderungsanträgen dann zuzustimmen. Jeder Bürger, der aufgrund von räumlichen Abständen zwischen Wohn- und Arbeitsort eine Zweitwohnung unterhält, muss diese – abgesehen von steuerlichen Erleichterungen – selbst finanzieren, und ein durchschnittliches Arbeitseinkommen liegt gewiss deutlich unter unserer Abgeordnetengrundentschädigung, sehr geehrte Damen und Herren.

Was dem Bürger neben der Selbstbedienungsmentalität des politischen Betriebs nicht weniger sauer aufstößt, ist die gesetzlich vorgesehene Benachteiligung und Ungleichbehandlung der Opposition in diesem Gesetzentwurf. Ja, die Fraktionsfinanzen sind wichtig, Herr Da Cunha, aber schauen wir uns zunächst die Fraktionsfinanzierung an! Der Grundbetrag pro Fraktion wird erhöht, der Oppositionszuschlag dagegen reduziert. Man könnte meinen, dass die kleinen Fraktionen den Stift geführt haben, um sozusagen überhaupt ihr Go zu geben für die Koalitionsverhandlungen, und trotz eines Wahldebakels – und ich gucke mich mal hier um nach links und geradezu – wollen natürlich auch die Kleinstparteien ein großes Kuchen…, ein großes Stück vom Kuchen des Steuerzahlers abhaben.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren von den GRÜNEN und von den Linken, wenn ich mir das anschaue, Sie stellen jetzt einen stellvertretenden Vizepräsidenten, also den Vizepräsidenten des Landtages, Sie stellen einen Fraktionsvorsitzenden, Sie stellen einen Parlamentarischen Geschäftsführer. Sie haben ja mehr Häuptlinge in der Fraktion als Indianer.

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der AfD)

Insofern sollten Sie da wirklich etwas demütiger sein und da jetzt nicht noch dem Landtag oder dem Steuerzahler in die Tasche greifen, dass Sie sich jetzt hier fürstlich entlohnen lassen für diese Abgeordnetentätigkeit. Und Herr da Cunha führte es aus, man muss ja nicht jede Position annehmen. Wenn man es nicht schafft, dann sollte man das den großen Fraktionen überlassen. Wir hätten gerne einen Landtagspräsidenten gestellt, sehr geehrte Damen und Herren.

Die, wenn es nach Ihnen geht, neu einzuführenden Paragrafen 47c und 47d sind neutral formuliert. Es ist aber

offensichtlich, dass sie in erster Linie, wenn nicht sogar ausschließlich gegen die einzige Oppositionsfraktion im Landtag angewendet werden sollen. Dies sieht insbesondere jetzt jedes Kind, nachdem Sie in demokratieverachtender Weise die Opposition vollständig aus dem Landtagspräsidium ausgeschlossen haben. Das heißt, dass künftig Vertreter von Parteien Ordnungsrufe und Ordnungsgelder verhängen, die die größte Partei in diesem Land als per se undemokratisch bezeichnen, und das haben Sie in der Vergangenheit alle angeführt. Und Sie sollen jetzt künftig entscheiden, was ein Ordnungsruf ist und ob ein Ordnungsgeld fällig ist. Und das wollen Sie ganz subjektiv entscheiden, indem Sie sagen, die Würde und Ordnung des Landtages ist dann verletzt oder möge verletzt sein.

Man muss sich an dieser Stelle erneut vor Augen führen, die AfD-Fraktion ist infolge der demokratischen Landtagswahl die stärkste Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Die AfD-Fraktion ist aufgrund des Wahlergebnisses die einzige Oppositionsfraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Die von Ihnen, die von Ihnen vorgenommene Gleichschaltung des Landtagspräsidiums durch die Außerachtlassung von jeglicher Opposition bewirkt,

(Zuruf von Christian Albrecht, Die Linke)

dass die drakonischen Strafen – und das sind bis zu 14.800 Euro,

(Zuruf von Christian Albrecht, Die Linke)

die Sie bei Verletzungen der Ordnung oder der Würde des Landtages vorsehen – ausschließlich von Ihnen verhängt werden können. Was Würde ist, das entscheiden Sie, und das kritisieren wir hier, dass Sie festlegen, was die Würde ist, und dass Sie die Opposition in ihrer Rede da beschneiden wollen. Und das lassen wir mit uns nicht machen, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir lassen uns nicht beschneiden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir haben, wir haben den Wählerauftrag von 400.000 Menschen da draußen. Nie zuvor hat eine Partei so viele Erststimmen bekommen, und das werden Sie auch spüren in den nächsten fünf Jahren.

Natürlich besteht die Möglichkeit eines Abgeordneten, gegen ein gegen ihn verhängtes Strafgeld vor das Landesverfassungsgericht zu ziehen. Wir sind ja ein Rechtsstaat offensichtlich. Aber das von Ihnen nicht ohne Hintergedanken unmittelbar im Abgeordnetengesetz und nicht etwa bloß in der Geschäftsordnung verankerte Strafzahlungsregime hat den Vorteil, dass eine Strafzahlung – und das gebe ich eben noch mal zu bedenken – unmittelbar mit der Abgeordnetenentschädigung verrechnet werden kann. Sollte also künftig diese Lex AfD gegen einen Abgeordneten zur Anwendung kommen, wird ihm die Strafzahlung direkt abgezogen. Eine auch finanzielle Rehabilitierung ist aber erst mit einem Urteil des Landesverfassungsgerichts circa ein Jahr danach zu erreichen. Sie versuchen auf diese Weise, ein Oppositionsdisziplinierungsverfahren zu etablieren. Handeln so, sehr geehrte Damen und Herren, demokratische Parteien,

(Thomas Krüger, SPD: Steht
da irgendwas von Opposition?)

handeln so demokratische Parteien?

(Thore Stein, AfD:
Haben Sie nicht zugehört?)

Und, Herr Krüger, sehen Sie denn eigentlich die Notwendigkeit bei 21 Ordnungsrufen in den letzten fünf Jahren? Warum kommen Sie damit jetzt um die Ecke? Natürlich, weil Sie Angst haben. Sie haben Angst vor der Wahrheit, Sie haben Angst vor 32 AfD-Abgeordneten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Thomas Krüger, SPD: Oh, nein!)

Und wir werden den Willen des Wählers hier ins Plenum tragen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit und Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und ja, der letzte Punkt, ich hatte es angekündigt, wir werden diverse Änderungsanträge stellen. Da komme ich noch mal auf die Entfernung der Opposition aus dem Landtagspräsidium zurück.

(Claudia Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das nennt sich Wahl! –
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Das heißt, das Landtagspräsidium ist derzeit nur mit Regierungsparteien, regierungstragenden Parteien besetzt. Das werden wir natürlich prüfen lassen vor dem Landesverfassungsgericht, wie auch einige andere Dinge, sehr geehrte Damen und Herren,

(Johannes Barsch, SPD:
Na dann viel Spaß!)

denn dafür sind wir hier, den Finger in die Wunde zu legen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Fraktionsvorsitzender, ...

Enrico Schult, AfD: Wir werden Sie nicht ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... ich weise darauf hin, ...

Enrico Schult, AfD: ... in Ruhe lassen in den nächsten fünf Jahren.

Präsidentin Birgit Hesse: ... dass die Redezeit ...

Enrico Schult, AfD: Das ist ein Versprechen.

Präsidentin Birgit Hesse: ... abgelaufen ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, Die Linke: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Mit der neuen Wahlperiode

beginnt für uns alle neue Verantwortung. Dafür brauchen wir klare Regeln, und die schreiben wir im Abgeordnetengesetz fest. Und gerade dort, wo es um unsere eigenen Rechte und Pflichten und finanziellen Leistungen geht, müssen wir besonders sorgfältig sein. Transparenz, Verantwortung und Vertrauen, das sind die drei Grundsätze, die uns geleitet haben und die für uns im Mittelpunkt stehen:

Erstens. Das Mandat ist der Hauptschwerpunkt unserer Tätigkeit, das machen wir in Paragraf 47 deutlich. Das Landtagsmandat ist keine Nebentätigkeit, es verlangt Zeit, Engagement und persönliche Präsenz. Gleichzeitig bleiben berufliche Tätigkeiten neben dem Mandat grundsätzlich möglich. Aber eines muss selbstverständlich sein, ein Abgeordnetenmandat ist nicht käuflich. Niemand darf Geld oder andere Vorteile für andere annehmen, dass er im Interesse des Landes, des Landtages die Interessen eines Unternehmens, eines Verbandes oder einzelner Personen vertritt. Es geht nicht darum, berufliche Tätigkeiten zu verbieten. Es geht darum, politische Verantwortung und persönliche wirtschaftliche Interessen sauber voneinander zu trennen.

Zweitens. Regeln müssen auch durchsetzbar sein.

Und ganz ehrlich, Herr Schult, da kann ich Ihr Opfergetue

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD: Opfergetue!)

einfach nicht mehr verstehen.

(Zurufe von Jan Michael Martin, AfD,
und Stephan Johannes Reuken, AfD)

Wenn Sie sich das anziehen, dass gerade Ihre Fraktion durch Ordnungsmaßnahmen besonders betroffen sein soll, dann rate ich Ihnen wirklich einen Blick ins Abgeordnetengesetz. Dort ist für alle Fraktionen gleichermaßen, sind Regeln aufgestellt.

(Jan Michael Martin, AfD: Ja.)

Und wir meinen eben, Verhaltensregeln verlieren ihre Wirkung,

(Zuruf von Jan Michael Martin, AfD)

wenn Verstöße ohne Konsequenzen bleiben. Deshalb schaffen wir ein gesetzlich geregeltes Verfahren, das alle betrifft, das zwischen unterschiedlichen Schweregraden unterscheidet.

(Stephan Johannes Reuken, AfD:
Und Sie stellen dann den Schiedsrichter?!)

Bei geringfügigen Verstößen kann eine Ermahnung ausreichen, bei erheblichen Verstößen müssen auch Ordnungsgelder möglich sein. Gleichzeitig schützen wir die Rechte der Abgeordneten durch Anhörungen und Beteiligung des Ältestenrates, und da sind auch Sie mit dabei und können auch da Ihre Stimme erheben.

(Thore Stein, AfD:
Die Frage ist, gegen wen alles? –
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Also tun Sie nicht so, als wenn wir hier die einzigen Schiedsrichter seien

(Thore Stein, AfD: Natürlich sind Sie das.)

und begeben sich in Ihre Opferrolle!

(Heiterkeit bei Martin Schmidt, AfD)

Der Ältestenrat ist beteiligt und auch eine gerichtliche Überprüfung ist vorgesehen vor dem Landesverfassungsgericht.

(Enrico Schult, AfD: Das habe ich
ja gesagt, das dauert ein Jahr.)

Deshalb hören Sie auf, sich hier in eine Opferrolle immer wieder zu begeben,

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

sondern diese Regelung geben wir uns alle.

Drittens schaffen wir eine verlässliche Finanzierung …

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Drittens schaffen wir eine verlässliche Finanzierung parlamentarischer Arbeit. Dabei greifen wir auf eine Finanzierungsstruktur zurück, die bereits in unserem Land bestand. Jede Fraktion erhält einen Grundbetrag, einen Betrag je Fraktionsmitglied und gegebenenfalls einen Oppositionszuschlag, der auch verankert ist. Warum ist das wichtig? Weil jede Fraktion unabhängig von ihrer Größe grundlegende Aufgaben erfüllen muss, zum Beispiel eine Geschäftsstelle unterhalten, fachliche Unterstützung und Mitarbeitende, und eben das brauchen auch kleine Fraktionen. Diese Kosten entstehen nicht erst mit dem zehnten oder zwanzigsten Abgeordneten, deshalb berücksichtigen wir sowohl die Größe der Fraktion, indem für jedes Mandat gezahlt wird, als auch den Grundbedarf.

Viertens. Wir regeln die finanziellen Leistungen für Abgeordnete transparent. Und hier möchte ich ausdrücklich auf die Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt vom 10. Dezember 2025 eingehen. Darin wurden die Beträge festgelegt, die bereits seit dem 1. Januar dieses Jahres gelten. Die steuerpflichtige Abgeordnetenentschädigung beträgt seitdem 7.440,54 Euro. Die Kostenpauschale liegt bei 2.433,70 Euro. Diese Anpassungen erfolgten auf der Grundlage des geltenden Abgeordnetengesetzes. Die Entschädigung orientiert sich dabei an der Entwicklung der Richter- und Beamtenbesoldung. Die Kostenpauschale wird anhand der Preisentwicklung der privaten Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern angepasst. Wir beschließen also heute nicht erstmals die Beträge, wir übernehmen die bereits veröffentlichten und geltenden Werte im Gesetzestext.

(Enrico Schult, AfD:
Sie schaffen einen Automatismus.)

Und hören Sie auf, Herr Schult, auch hier wieder, von dieser Spaltung herbeizuführen von die da oben und wir hier unten

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

und mit den IHKn und Wirtschaften. Diese und auch die vergangene Koalition stand dafür, unsere Wirtschaft zu stärken. Das war einer unserer Schwerpunkte.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Thore Stein, AfD: Toi, toi, toi! –
Zuruf von Robert Schnell, AfD)

Und natürlich lässt uns das nicht ruhig.

Auf der anderen Seite, und das war schon immer der Bezugspunkt, sind wir gekoppelt – und das ist auch gut so – an die Landesbeamtenbesoldung. Ja, unsere Landesbeamten sollen auch weiterhin gut verdienen. Und genau daran ist auch unsere Besoldung

(Martin Schmidt, AfD:
Tausend weniger, oder? –
Zuruf von Enrico Schult, AfD)

hier im Landtag ganz transparent geregelt, und es hat nichts mit Selbstbedienung zu tun,

(Jan Michael Martin, AfD: Natürlich.)

sondern es ist eine verlässliche Bezugsgröße, auf die wir uns beziehen. Also hören Sie hier mit der Spaltung auch an dieser Stelle auf! Ich kann das wirklich nicht mehr hören.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Stephan Johannes Reuken, AfD,
und Enrico Schult, AfD)

Eine tatsächliche Änderung betrifft dagegen den Zuschuss zu Mietkosten für eine Übernachtungsmöglichkeit am Parlamentssitz. Hier steigt die monatliche Höchstgrenze von 600 auf 750 Euro. Und auch hier hatten Sie vorgetragen,

(Martin Schmidt, AfD: Ganz normale Aktion.)

dass das nicht möglich sei, dass das unrechtens sei.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Das ist keine zusätzliche Pauschale, wie Sie hier deutlich machen,

(Enrico Schult, AfD:
Unmoralisch, unmoralisch.)

die jedem Abgeordneten automatisch ausgezahlt wird, das stimmt einfach nicht. Vielmehr handelt es sich um einen Zuschuss zu tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Mietkosten. Gerade für Abgeordnete, die aus weiter entfernten Regionen unseres Flächenlandes kommen, ist eine Unterkunft am Parlamentssitz erforderlich, um die parlamentarische Arbeit auch wahrnehmen zu können.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Das schafft Flexibilität bei der Beschäftigung und bei der Planung der Wahlkreisarbeit, ohne den jährlichen Finanzierungsrahmen insgesamt auszuweiten.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, wir glauben, dass wir Ihnen einen sehr ausgewogenen Entwurf eines Abgeordnetengesetzes vorgelegt haben. Natürlich wird er weiterhin im vorläufigen Ausschuss beraten werden. Ich bedanke mich für die konstruktive Mitarbeit und vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der SPD Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Meine Damen und Herren, ich möchte gerne noch einmal werben, wie eben auch schon die Kollegin Frau Bernhardt, dass wir das ausführlich beraten. Vielleicht noch ein paar Feststellungen meinerseits.

Herr Schult, wenn Sie hier sagen, Sie haben Angst vor uns – warum sollte ich Angst vor Ihnen haben? Und dasselbe wiederholt sich ja jetzt zum wiederholten Male.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Stephan Johannes Reuken, AfD:
Waren Sie heute dabei? –
Zurufe von Enrico Schult, AfD,
und Thomas Krüger, SPD)

Ich zitiere auch gerne mal,

(Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Och! –
Zurufe von Jan Michael Martin, AfD,
und Thore Stein, AfD –
Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

was Sie am Wahlabend gesagt haben: „Ich sehe schon die Gesichter der anderen, wenn wir einmarschieren mit unseren Truppen, die werden zittern vor uns …, und sie zittern zu Recht.“ Warum? Warum,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: Angesichts der politischen
Stärke zittern Sie zu Recht. Schauen
Sie sich an, wie viele hier sitzen! –
Zuruf von Jan Michael Martin, AfD)

warum, warum glauben Sie, dass man Angst verbreiten muss in einem Parlament? Warum ist Ihr Ziel, Angst zu verbreiten? Aber warum …

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Ganz ehrlich, Herr Schult, es geht uns doch am Ende darum, für das Wohl dieses Landes zu arbeiten.

(Zuruf von Robert Schnell, AfD)

Es geht doch darum, wir haben hier 1,7 Millionen Menschen in diesem Land, die arbeiten hart, die zahlen ihre Steuern, die sorgen dafür, dass sich dieses Land entwickelt.

(Zuruf von Robert Schnell, AfD)

Die haben ihr Leben, die haben ihr – die haben alles Mögliche. Und ganz ehrlich, warum ist Ihr, warum denken Sie, ist es Ihre Aufgabe, Angst zu verbreiten?

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD –
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Gute Frage! –
Glocke der Präsidentin)

Geht es nicht darum, für das Wohl dieses Landes zu arbeiten?

(Stephan Johannes Reuken, AfD:
Das ist alles, was Ihnen eingefallen ist?)

Ich glaube, das finde ich …

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte es vorhin in der Eingangsrede gesagt. Es ist durchaus möglich zu streiten, es ist auch durchaus möglich, Zwischenrufe zu tätigen. Ich bitte aber auch bei der Wahl der Formulierung Ihrer Zwischenrufe auf die parlamentarischen Gepflogenheiten zu achten und nicht zu behaupten, dass jemand hier vorne am Rednerpult „Scheiß erzählt“.

(Hans-Werner Moltzen, AfD: Dann
soll er sich auch dran halten. –
Zuruf von Robert Schnell, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete von der AfD-Fraktion, Sie kennen das vielleicht, was jetzt kommt. Wenn ich hier im Präsidium spreche, dann haben Sie das nicht zu kommentieren. Ich gebe einen Hinweis. Es ist ein freundlich gemeinter Hinweis für die erste Sitzung, wo ich Sie einfach darauf aufmerksam mache: Zwischenrufe Ja, aber ich bitte Sie, die parlamentarischen Gepflogenheiten und Ihre Wortwahl dementsprechend auch anzupassen. Ich gehe davon aus, dass Sie das jetzt auch tun werden.

Herr da Cunha, Sie haben wieder das Wort.

Philipp da Cunha, SPD: Genau, also vielleicht noch abschließend zu dem Teil. Vielleicht denken Sie mal drüber nach, ob nicht Ihr Ziel sein sollte, Angst zu verbreiten, sondern lieber das Ziel, was für die Menschen in diesem Land zu machen. Und dann wäre es vielleicht tatsächlich schon etwas.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Stephan Johannes Reuken, AfD)

Und vielleicht nur noch ein letzter Satz zu der Frage Ordnungsgelder, und die werden wir beraten am Ende, dafür haben wir den vorläufigen Ausschuss. Darum geht es, um es am Ende in Gesetz zu gießen. Hier wird niemand per se sanktioniert. Am Ende geht es darum, ein freies Mandat entbindet nicht und niemanden von uns davon, seinen gesetzlichen Pflichten nachzukommen, egal oder unabhängig vom Parteibuch. Und denken Sie bitte daran! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Vorältestenrat ist vereinbart worden, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 9/12 zur Beratung an den vorläufigen Ausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Mecklenburg-Vorpommern stark und widerstandsfähig – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz für ein sicheres Land“, Drucksache 9/13. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 9/21 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einsetzung einer Enquete-Kommission „Mecklenburg-Vorpommern stark und widerstandsfähig – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz für ein sicheres Land“
– Drucksache 9/13 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 9/21 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn bei uns in Mecklenburg-Vorpommern in der Nacht der Brandmelder geht, dann stehen Menschen auf und helfen. Wenn ein Hochwasser droht, dann errichten Menschen Dämme. Wenn ein Virus grassiert, dann geben Menschen in der Forschung, in der Versorgung in den Krankenhäusern alles, um Leben zu retten. Wenn Strom, wenn Wasser, wenn Datennetze ausfallen, dann arbeiten Menschen Tag und Nacht daran, dass alles wieder läuft.

Meine Damen und Herren, in Stunden der Not können wir vertrauen. In Stunden der Not können wir uns auf andere verlassen, auf ihre Professionalität, auf ihre Erfahrung, auf ihren Mut. Und dieses berechtigte Vertrauen, das muss immer auf Gegenseitigkeit beruhen. Wer sich auf die Einsatzkräfte, wer sich auf Hilfesysteme verlässt, muss dafür sorgen, dass auch die Menschen, die helfen, sich verlassen können, nämlich auf die Politik.

Und genau darum geht es uns heute, meine Damen und Herren. Wir wollen gleich zu Beginn dieser Legislatur eine Allianz für ein Mecklenburg-Vorpommern begründen, in dem Menschen sich auch in schwierigen Zeiten und in dem Menschen sich auch angesichts sich wandelnder Bedrohungslagen auf Schutz und Hilfe verlassen können. Und deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir heute die Enquete-Kommission „Mecklenburg-Vorpommern stark und widerstandsfähig – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz für ein sicheres Land“ einrichten.

Meine Damen und Herren, ganz zu Beginn stellen wir ein ausdrückliches Dankeschön an die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen, des Kat-Schutzes bei uns im Land, ein Dankeschön an die Frauen und Männer bei der Polizei, beim THW, in der Bundeswehr, ebenso ein Dankeschön an die Beschäftigten in den Krankenhäusern, den Rettungsdiensten, den

Pflegeeinrichtungen, in unseren Kommunen, Verwaltungen und Versorgungsunternehmen, an die vielen Menschen, die hauptamtlich oder eben allzu oft auch im Ehrenamt Verantwortung übernehmen, wenn andere Menschen Hilfe brauchen. Sie alle machen Mecklenburg-Vorpommern sicherer, oft unter großer Belastung, oft unter der Gefahr für das eigene Leben, für die eigene Gesundheit, und immer mit Familien und Arbeitgebern im Hintergrund, die diesen Einsatz erst ermöglichen. Herzlichen Dank all denen, die MV sicher machen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern fängt beim Bevölkerungsschutz keineswegs bei null an. Wir haben erfahrene, hoch professionelle Einsatzkräfte, engagierte Kommunen, sehr leistungsfähige Netzwerke für Sicherheit und Bevölkerungsschutz in einem Zusammenspiel aus Kommune, Land und auch den Vorgaben und Einrichtungen des Bundes. Und aus vergangenen Krisen sind immer auch konkrete Verbesserungen entstanden. Nach dem großen Waldbrand in Lübtheen, nahe Lübtheen 2019 beispielsweise wurden elf geländegängige Tanklöschfahrzeuge für die Landkreise und kreisfreien Städte beschafft. Das ist eine greifbare Konsequenz aus einem großen, schwierigen Einsatz.

Und auch das gehört für uns nämlich zu einer Aufarbeitung von Krisen immer dazu, festzustellen, was hat funktioniert, was haben wir verbessert, worauf können wir für die Zukunft aufbauen?

Und genauso klar ist, meine Damen und Herren, gute Arbeit in der Vergangenheit beantwortet eben nicht jede Frage der Zukunft und beantwortet nicht jede Reaktion auf eine sich verändernde Bedrohungslage. Die Waldbrände in Lübtheen habe ich genannt, das Ostseesturmhochwasser 2023,

(Zuruf von Stephan Johannes Reuken, AfD)

der Hitzesommer 2026 mit Temperaturen von fast 40 Grad, der Cyberangriff auf die Kreisverwaltung Vorpommern-Rügen, die Stromausfälle nach schweren Gewittern an der Müritz, die Corona-Pandemie – all das zeigt uns doch, wie unterschiedlich Gefahren sein können, auf die wir vorbereitet sein müssen, wie außergewöhnlich schnell sich Lagen verändern, die unsere Gesellschaft vor größte Herausforderungen stellen.

Und Mecklenburg-Vorpommern hat besondere Bedingungen: lange Wege, viele kleine Gemeinden, Inseln, Küstenregionen, ehrenamtliche Einsatzkräfte, die tagsüber oft außerhalb ihres Wohnortes ihrer Arbeit nachgehen, immer mehr ältere und pflegebedürftige Menschen und in der Urlaubssaison viele zusätzliche Gäste. Und deshalb reicht es natürlich nicht, auf einem Papier festzuhalten, dass Hilfe vorgesehen ist und wie sie funktionieren könnte, sondern wir müssen wissen, ob sie unter tatsächlichen Bedingungen auch ankommt: Ist die Feuerwehr Dienstagvormittag einsatzbereit? Wie erreichen wir Menschen, wenn, ja, Mobilfunk und Internet ausgefallen sind? Wer kümmert sich um diejenigen, die – wir haben es eben in der Rede gehört – oftmals zu Hause gepflegt werden?

Die Sicherheit des Menschen, meine Damen und Herren, darf nicht davon abhängen, wie zentral er wohnt oder wie gut er oder sie sich selber helfen kann, meine Damen und Herren. Und deshalb soll unsere Enquete-Kommission vier einfachen Fragen für dieses Team „Sicherheit MV“ nachgehen:

– Wo stehen wir aktuell beim Bevölkerungsschutz zwischen Bund, Land und Kommune?

– Was läuft heute schon im Sicherheitsnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern gut?

– Wo liegen die Schwierigkeiten, wo liegen neue Bedrohungslagen und Herausforderungen für die Zukunft?

– Und was folgt daraus für ein zukünftiges Handeln in Mecklenburg-Vorpommern?

Und dafür, meine Damen und Herren, verbindet sich in einer Enquete-Kommission parlamentarische Verantwortung mit dem Wissen aus der Praxis und der Wissenschaft aus unserem Land. Wir hören diejenigen, die Entscheidungen vor Ort treffen, diejenigen, die im Einsatz Regeln und Vorhaben umsetzen. Und vor allem hören wir die Menschen, die von Krisen auch selber betroffen sind oder waren.

Entscheidend für uns ist, dass wir in dieser Kommission nicht Probleme beschreiben, sondern konkrete Lösungen entwickeln. Wir wollen wissen, was funktioniert, was muss besser werden, wer muss das in Kommune, Land und Bund verantwortlich umsetzen, was kostet es. Am Ende darf natürlich nicht ein dicker Bericht im Regal stehen, sondern wir wollen einen gemeinsamen Plan für ein besseres, für ein widerstandsfähigeres, für ein sichereres Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten. Und das gilt für den Katastrophenschutz, genauso für die Gesundheitsvorsorge, die Sicherheit unserer kritischen Infrastruktur und, meine Damen und Herren, ja, auch für die Lehren aus der Corona-Pandemie, damals wie heute, übrigens angesichts Long Covid und Post Vac immer noch.

Eines, meine Damen und Herren, unterscheidet unseren Ansatz von dem, was die AfD übrigens zur Corona-Aufarbeitung angekündigt hat. Sie sind offensichtlich ja gerade in der Phase von „Wir ziehen Dinge zurück“. Sie haben ja auch Ihren Corona-Einsetzungsbeschluss zurückgezogen.

(Thore Stein, AfD: Haben wir nie eingereicht.)

Wir, meine Damen und Herren, gehen voran. Wir wollen eine gemeinsame, eine sachliche Untersuchung, an deren Ende Erkenntnisse stehen, die Mecklenburg-Vorpommern für die Menschen in Zukunft besser und sicherer machen.

(Zuruf von Paul-Joachim Timm, AfD)

Wir wollen kein Tribunal für Krisenmanagement veranstalten, wo die Schuldigen wie in AfD-Pressemitteilungen so oft schon im Vorhinein feststehen.

(Paul-Joachim Timm, AfD: Schön, dass Sie lesen!)

Sie haben einen Untersuchungsausschuss angekündigt, Ihren Antrag zurückgezogen. Da haben Sie sicher Ihre Gründe für.

(Thore Stein, AfD: Wir haben keinen Antrag eingereicht. Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Wie auch immer, wir legen unseren Antrag für die Enquete-Kommission heute vor. Wir sagen konkret, was wir erreichen wollen: bessere Versorgung, mehr Sicherheit für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Stephan Johannes Reuken, AfD: Das hätten Sie doch seit Jahrzehnten tun können!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mecklenburg-Vorpommern hat Menschen, auf die wir uns verlassen können. Sorgen wir also gemeinsam dafür, dass die Menschen auch die Unterstützung der Landespolitik bekommen, die sie brauchen, damit passgenaue Hilfe auch in Zukunft in jeder Region ankommt, damit besonders gefährdete Menschen geschützt werden, damit Mecklenburg-Vorpommern auch in schwierigen Zeiten und angesichts sich wandelnder Bedrohungen stark und handlungsfähig bleibt.

Ich bitte Sie um Zustimmung zur Einsetzung der Enquete-Kommission. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Im Vorältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 33 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Tadsen.

Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete und liebe Bürger dieses wunderschönen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, die neue Legislatur beginnt und der SPD-Fraktionsvorsitzende macht so weiter wie zuvor. Er spricht hier …

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Julian Barlen, SPD: Ja, warum auch nicht?!)

Er spricht hier erneut davon, dass wir in einem Land leben würden, wo man vor allem eines sagen müsste: Danke schön. Ja, „Danke schön“, das ist aber das falsche Wort. Für eine klare Lageanalyse ist das das falsche Wort dafür, zu überlegen, wie man auch im Bereich der Krisenvorsorge in Zukunft sich aufstellen sollte.

(Julian Barlen, SPD: Bisschen Dankbarkeit kann nicht schaden!)

Eine Dankbarkeit ist niemals verkehrt für Leute, die etwas leisten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber die Bürger haben zu 38 Prozent eben nicht Danke gesagt.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Und, Herr Barlen, der Analysefehler,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

der Analysefehler, den Sie hier heute wieder mal leisten,

(Julian Barlen, SPD: Sie distanzieren sich jetzt von meinem Dank für die Helfer, ja?! Das ist ja wirklich geschickt!)

ist ganz klar: Sie tun so, als würden Sie etwas zur Verbesserung der Lage beitragen wollen. Sie tun so, als hätten Sie hier ansatzweise etwas auf den Tisch gelegt, was auch nur irgendwie die Lage nach vorne bringt. Aber die Realität ist, wir erleben eine Rekorddefizit-Situation unserer Kommunen. Wir erleben einen Abbau von Sachinvestitionen um 4,5 Prozent bei gleichzeitig steigenden Personalkosten um 5 Prozent.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: So siehts aus!)

Wir erleben Rekorddefizite in Milliardenhöhe.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und unsere Kommunen müssen endlich einmal wieder die Möglichkeit bekommen, schwimmen zu dürfen und auch eigenständig in die Krisenvorsorge gehen zu dürfen,

(Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig!)

anstatt einfach nur auf einen düsteren Himmel zu schauen. Sie, Herr Barlen, haben das Thema schon jetzt verfehlt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann sprechen Sie davon – in frecher Weise, so muss man es hier formulieren –, davon, dass man konkrete Verbesserungen nach vorne bringen würde. Ich sage Ihnen das als direkt gewählter Abgeordneter meines Wahlkreises, der ja auch die Stadt Sternberg natürlich im Blick hat.

(Thomas Krüger, SPD: Ach Gott, ach Gott, ach Gott!)

Dort sehe ich eine kommunale Finanzsituation, in der es nur noch darum geht, dass man eine Brücke, die marode ist, die hundert Jahre alt ist, wahrscheinlich nicht mehr refinanzieren kann.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Man redet hier vom Abriss.

(Julian Barlen, SPD: Was ist jetzt Ihr Plan?)

Das ist keine konkrete Verbesserung, das ist ein Abgesang. Das ist ein Niedergang, dafür, was Deutschland einmal war, nämlich zukunftsorientiert. Das ist diese rote Koalition schon jetzt nicht mehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Barlen, es geht darum, nicht blindlings Themen einseitig zu bespielen. Es geht darum, umfassend mal zu schauen, wo die Ausgaben auch reduziert werden können.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Wo denn?!)

Es geht darum, Krisenvorsorge so zu denken, dass man als Erstes hier im Parlament nicht einfach blindlings eine Enquete-Kommission auf den Weg bringt, sondern vor allem eines macht, das, was die AfD im Wahlkampf gefordert hat, nämlich einen Nachtragshaushalt, der alles finanziell auf die Probe stellt und dann für die Kommunen Krisenvorsorge mit neuen Kapazitäten wieder zur Verfügung stellt. Wir wollen pauschal mehr Geld für Krisenfestigkeit. Wir wollen keine linke, blind-linke Ideologie, die wir hier schon wieder zu hören bekommen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wenn Sie schon,

(Zuruf von Johannes Barsch, SPD)

wenn Sie schon von Krisenvorsorge sprechen, dann muss man den Begriff der Krise ja natürlich auch umfassend einmal versuchen zu durchdenken. Da muss man auch mal überlegen, was Krise alles sein kann und was besonders herausfordernd dafür ist, was in unserem Land auch passieren kann und passiert ist. Und da gibt es natürlich zwei Herausforderungen, die wir auch in den letzten Monaten und Jahren beobachtet haben und die ganz Deutschland betreffen, aber eben auch explizit Mecklenburg-Vorpommern. Und die eine Herausforderung heißt, dass man auch die Infrastruktur schützen muss. Und man muss sie vor Menschen schützen, die von einer hysterischen Klimaapokalypse vielleicht motiviert dazu übergegangen sind,

(Thomas Krüger, SPD:
Ach Gott, ach Gott! Oh je!)

die zentralste, intensivste Infrastruktur zum Schutze unserer Bürger anzugreifen und eine Großstadt wie Berlin an den Rand der Funktionsfähigkeit zu setzen. Diese Gewalt wurde auch im Innenausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern adressiert. Brigadegeneral, Ex-Brigadegeneral Uwe Nerger hat eindringlich davor gewarnt, dass Mecklenburg-Vorpommern hier auch einmal öffentlich und offen darüber diskutieren muss, was für eine Gewalt, was für eine linke Terrorstruktur sich in Deutschland etabliert hat, dass diese eben auch mit der vollen Härte des Staates bekämpft gehört.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Johannes Barsch, SPD)

Und die andere Herausforderung, auch das müssen wir ansprechen: Wir sind hier frisch gewählte Abgeordnete, wir sind hier Menschen, die aus einem Wahlkampf kommen, wir sind hier Menschen, die erlebt haben, was die Menschen ja auch bewegt hat, und es ist natürlich eine Angst vor Krieg. Und es ist natürlich eine Angst davor, dass das, was mit dem, mit der Sprengung einer Pipeline verbunden ist. Und Frau Schwesig, wenn man sie im Fernsehen gesehen hat, wie sie denn dort gesprochen hat, mit Herrn Holm sich duellierte oder mit Herrn Schult oder wem auch immer, sie hat sich immer weggeduckt. Sie ist immer ausgewichen,

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist nicht wahr!)

wenn es darum ging,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dass man eine Perspektive aufbaut und dass man eben wieder dafür Sorge trägt, dass eine breite, diversifizierte, umfassende Energieversorgung in Zukunft auf diesem europäischen Kontinent möglich ist.

(Zuruf von Claudia Müller,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da heißt es erst einmal, klar zu analysieren, was passiert ist. Und ich sage hier in dieser ersten Sitzung ganz deutlich, es war ein Terroranschlag auf unsere Lebensader der Energieinfrastruktur,

(Wenke Brüdgam, Die Linke:
Ach, Quatsch! Bitte!)

und den müssen wir alle zusammen verurteilen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn man aber dann Ihren Einsetzungsbeschluss liest, wenn man dann genau hinschaut, wie Sie das dann da so alles formulieren, dann sprechen Sie, ich darf zitieren, von „länger andauernden Ausfällen wichtiger Versorgungsnetze“. „Ausfälle“, das klingt doch irgendwie nach Naturkatastrophe. Das klingt ja irgendwie so, als wenn da jemand kommt und mal den Stecker gezogen hat, aber er wollte das eigentlich gar nicht. Aber nein, es ist eine harte politische Situation, in der wir uns bewegen. Die Welt ist nicht friedlicher geworden, die Welt ist krisenanfälliger geworden. Und Deutschland muss alles dafür tun,

(Zuruf von Johannes Barsch, SPD)

dass solche Ausfälle so benannt werden, wie sie sind. Und das ist nun einmal auch Terrorismus. Und diesen Terror finden wir kein einziges Mal. Ich habe es komplett durchgeschaut, Ihren Einsetzungsbeschluss. Kein einziges Mal lesen wir von Extremismus, kein einziges Mal von Terror. Es wird nicht über Nord Stream 2 gesprochen. Es wird nicht über die Ukraine gesprochen. Sie wollen dazu nichts sagen, weil es für Sie nicht politisch opportun erscheint. Und deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt, wo wir genau diesen Terrorismus auch adressiert haben wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Und, meine Damen und Herren, es gehört natürlich dazu, ich habe eingangs von Sachinvestitionen und Personalausgaben gesprochen, aber man muss natürlich auch die Energiekosten der Kommunen mit ins Bild nehmen. Natürlich ist auch das ein Faktor, der dazu beiträgt, dass die kommunale Haushaltslage ist, wie sie ist. Und da können Sie mit ganz vielen Feuerwehrmännern drüber reden, da können Sie auch mit Bürgermeistern reden. Ich habe schon angefangen. Ich habe alle kontaktiert in meinem Wahlkreis, und wir haben die ersten Gespräche, die wir führen.

(Christine Klingohr, SPD:
So wie die letzten fünf Jahre auch?!)

Und sie sagen mir ganz klar, sie sagen mir ganz klar …

Auch zuvor habe ich schon mit Bürgermeistern gesprochen, Frau Klingohr.

(Thomas Krüger, SPD: Die werden begeistert gewesen sein! – Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Da brauchen Sie,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Nichts haben Sie gemacht!)

da brauchen Sie gar nicht jetzt so dazwischenzurufen.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Die sagen mir ganz klar, dass es ganz explizit auch darum geht,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

die Kosten von Menschen, die dort arbeiten, von Menschen, die dort in der Krisenvorsorge unterwegs sind,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

auch von Unternehmen, die dazu beitragen, dass man diese Energiekosten nach unten drücken muss.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD – Glocke der Präsidentin)

Und wenn man dann nach Europa schaut, wie andere Staaten damit umgehen – das gehört natürlich dazu, wenn man krisenfest werden will –, wir sind ja nicht eine einsame Insel auf dem europäischen Kontinent. Meine Damen und Herren, nein, wir sind mittendrin in diesem europäischen Momentum und in diesem Konflikt. Und da lesen wir ganz aktuell, dass Frankreich noch immer LNG im Wert von 446 Millionen Euro aus welchem Staat bezieht? Richtig, aus Russland.

(Nikolaus Kramer, AfD: Was?!)

Die Niederlande bekamen LNG-Ladungen aus Russland

(Nikolaus Kramer, AfD: Das ist ja unfassbar!)

im Wert von 116 Millionen Euro. Und Frau Schwesig tut so, als würde das politische Ende des Moralismus Ihrer Fasson quasi bereitstehen, wenn man auch nur darüber nachdenkt, nach einem Frieden mit Russland wieder über Energieversorgung zu reden.

Frau Schwesig, Sie haben nicht verstanden, wie ernst die Lage dieses Landes ist, und Sie sind eine Gefährdung für die Krisenvorsorge dieses Bundeslandes.

(Beifall und Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Richtig! – Zuruf von Johannes Barsch, SPD)

Wenn man die eingängigen Reden sich angeschaut hat und wenn man Herrn Mucha zugehört hat, wie er als Alterspräsident auch davon sprach, dass man ja über die politische Kultur sich mal Gedanken machen müsste – ach ja, die politische Kultur dieses Landes, ein wunderbares Wortgeflecht, was immer wieder zu hören war, auch in der letzten Legislatur. Aber zur politischen Kultur gehört dazu, dass man vielleicht mal auf den Gedanken kommt, mit 32 Abgeordneten zusammen über Krisenvorsorge ein Gespräch vielleicht mal diskret zu führen oder im Wahlkreis auch über die Parteigrenzen hinweg sich einmal Gedanken darüber zu machen, wo die priorisiert,

(Thomas Krüger, SPD: Sie wollen es doch nicht diskret haben.)

wo priorisiert werden muss.

(Thomas Krüger, SPD: Haben Sie den Antrag gelesen, oder was?!)

Herr Krüger, auch Sie sind eingeladen, mit uns das Gespräch zu suchen. Aber es gehört dazu, offen in ein Gespräch reinzugehen, die Themen nicht vorzugeben

(Zuruf von Johannes Barsch, SPD)

und nicht jetzt schon eine Blockbildung zu betreiben, die ja nicht mal ansatzweise die Chance dafür sieht,

(Thomas Krüger, SPD: Oh!)

gemeinsam hier nach vorne zu gehen. Ihre politische Kultur hat sich heute schon blamiert mit diesem Antrag,

(Thomas Krüger, SPD: Oh ja!)

den Sie hier heute stellen, wenn Sie so zentrale Gefahren für unser Land einfach ausblenden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, die Redezeit geht zu Ende. Aber ich wünsche mir natürlich, dass wir Abgeordnete, Sachverständige und Experten in allen Fachausschüssen in breitem Spektrum zu hören bekommen und dass wir in diesen Fachausschüssen auch über elementarste Sorgen, auch über die Krisenvorsorge, über die finanzielle Zukunft unseres Landes diskutieren und dann auch schauen, wo wir sparen können.

Und dazu gehört, meine Damen und Herren – und das richte ich an die Bürger dieses Landes –, dazu gehört, dass wir auch auf tabuisierten Problemfeldern von dieser linken Regierungsanbahnungskoalition ganz konkret sparen werden.

(Thomas Krüger, SPD: Oh!)

Und dazu gehört, NGOs den Stecker zu ziehen, die demokratiefeindlich die Demokratie verteidigen. Und dazu gehört,

(Thomas Krüger, SPD: Was Demokratie ist, bestimmen Sie, oder was?! – Zuruf von Julian Barlen, SPD)

dazu gehört, eine breite Energieversorgung in Zukunft auf den Weg bringen zu können, der keine Tabus kennt. Und es gehört dazu,

(Thomas Krüger, SPD: Wasser, Wind, Solar! – Zuruf von Johannes Barsch, SPD)

auch im Migrationsbereich radikal zu sparen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke – Zuruf von Julian Barlen, SPD – Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Dr. Till Backhaus, SPD: Zum Lachen, ne?!)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke der Fraktionsvorsitzende Herr Herbst.

Hennis Herbst, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn Wälder brennen, Hochwasser unsere Orte bedrohen oder plötzlich der Strom ausfällt, dann zeigt sich, wie gut unser Land auf Krisen vorbereitet ist. Dann kommt es auf die Menschen an, die helfen, auf unsere Feuerwehren, Rettungsdienste, Pflegekräfte, aufs medizinische Personal, auf die Beschäftigten in unseren Kommunen, auf viele Ehrenamtliche, die hier im Land Verantwortung übernehmen. Ihnen gilt unser ausdrücklicher Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern wissen wir, wie herausfordernd diese Arbeit ist: lange Wege, große Entfernungen und vielerorts eine Gefahrenabwehr, die maßgeblich vom Ehrenamt getragen wird. Und genau deshalb ist es unsere Verantwortung, einen wirksamen, einen regelmäßig geübten Bevölkerungsschutz zu organisieren, und das heißt, aus Krisen lernen und Vorsorge verbessern.

Und genau darum geht es bei dieser Enquete-Kommission, deren Einrichtung wir heute vorschlagen. Wir wollen untersuchen, was funktioniert, aber auch, wo Schwachstellen liegen und welche Konsequenzen wir dort gemeinsam daraus ziehen müssen – von den Waldbränden bei Lübtheen über die Corona-Pandemie bis zum Sturmhochwasser und Cyberangriffe auf die kommunale IT-Infrastruktur. Und ich finde es ein starkes Zeichen, dass, noch ehe wir den Koalitionsvertrag vorgelegt haben, wir zusammen mit SPD und GRÜNEN eben diese Kommission hier heute auf den Weg bringen wollen.

Und an der Stelle will ich sagen, wir begnügen uns da auch nicht mit Schuldzuweisungen und Verschwörungserzählungen, wie es vielleicht anderen Fraktionen obliegt. Und an der Stelle muss ich sagen – wir haben es ja heute wieder gemerkt,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

das war eben ein bunter Blumenstrauß von dem AfD-Kollegen –, zum Bevölkerungsschutz hier in Mecklenburg-Vorpommern

(Julian Barlen, SPD: Kein Wort!)

habe ich nichts gehört,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es. – Claudia Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kein Wort!)

habe ich nichts gehört.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Sie sollten also über Ihre Prioritäten nachdenken, während wir den Fokus dafür behalten, was zählt. Wir behalten den Fokus, dass es darum geht, unser Land krisensicher zu machen. Und für uns als Linke ist dabei klar, Bevölkerungsschutz ist öffentliche Daseinsvorsorge, und öffentliche Daseinsvorsorge muss für alle Menschen funktionieren. Denn Krisen treffen ja nicht alle Menschen gleichermaßen. Wer finanzielle Rücklagen hat, ein Auto hat oder sich selbst helfen kann, der hat oft ganz andere Möglichkeiten als jemand, der alleine lebt, pflegebedürftig ist oder zu wenig Geld zur Verfügung hat. Und deshalb müssen wir fragen: Wie erreichen wir diejenigen, die eher gefährdet sind als andere? Wie stellen wir sicher, dass Warnungen alle Menschen im Land erreichen und dass die Hilfe dort ankommt, wo sie konkret gebraucht wird? Und wie können wir unsere Nachbarschaften und die Unterstützung vor Ort besser organisieren?

Und ein weiterer wichtiger Punkt – und das leugnen Sie – ist die Klimakrise. Die Hitze, die wir diesen Sommer erlebt haben,

(Petra Federau, AfD: Wo war die?!)

Dürre, Starkregen, Hochwasser – das stellt uns schon jetzt tagtäglich vor Herausforderungen.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Bevölkerungsschutz beginnt deshalb nicht erst, wenn die Feuerwehr ausrückt, er beginnt mit vorausschauender Planung, wirksamem Hochwasserschutz, mehr Wasserrückhalt und kühlen, zugänglichen Orten in unseren Städten und Gemeinden. Wir müssen handeln, bevor die nächste Krise eintritt, und wir müssen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, dass Pflegeeinrichtungen, dass Schulen, dass Kitas auch in schwierigen Bedingungen möglichst lange gut funktionieren.

Meine Damen und Herren, aus Krisen zu lernen, bedeutet, offen über die Dinge zu sprechen, die gut gelaufen sind, aber eben auch über die Dinge zu sprechen, die noch nicht gut laufen.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Machen wir doch! Davon reden wir doch die ganze Zeit.)

Und genau deshalb muss die Kommission das tun, Empfehlungen dort ableiten, und wir werden anschließend überprüfen, welche konkreten Maßnahmen wir aus den Ergebnissen umsetzen werden. Denn das ist klar, ein Bericht alleine schützt noch niemanden.

Ein starker Bevölkerungsschutz ist solidarisch. Er schützt nicht nur diejenigen, die sich selbst helfen können, er lässt niemanden zurück. Daran wollen wir mit dieser Enquete-Kommission arbeiten, damit die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern darauf vertrauen können, dass

sie auch in schwierigen Zeiten nicht alleingelassen werden. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Krüger.

Ole Krüger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete der demokratischen Parteien!

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Oh!)

Wir stehen heute am Anfang

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Fühlt ihr euch nicht angesprochen?!)

einer neuen Legislaturperiode,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

und als erste Amtshandlung beschäftigen wir uns

(Glocke der Präsidentin)

mit der Einsetzung einer Enquete-Kommission, deren Aufgabe es sein wird, sein muss, unser Land sicherer zu machen, denn die Welt, in der wir leben, ist unsicherer geworden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir haben in den letzten Jahren alle gemeinsam erleben müssen, wie schnell eine Pandemie die ganze Welt in den Griff nehmen kann, wie leicht Kriege in anderen Teilen der Welt unsere Energieversorgung gefährden und wie der Klimawandel zunehmend für immer mehr Extremwetterereignisse sorgt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir setzen diese Kommission ein, weil wir wissen, dass sich unser Land dieser neuen Realität anpassen muss, wenn es eine Zukunft haben will.

Unser Land mit seinen fast 2.000 Kilometern Küste war schon immer von Flut und Hochwasser bedroht.

(Enrico Schult, AfD: Ach so?!)

Aber wie gehen wir damit um, wenn die Ostsee weiter steigt, durchschnittlich um 1,80 Meter?

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der AfD)

Reicht unser Hochwasserschutz dann noch im gesamten Land? Wir haben schon immer heiße Sommer gehabt,

(Enrico Schult, AfD: In welchem Zeitraum?)

aber die Hitzetage werden jeden Sommer immer häufiger und immer mehr. Allein diesen Sommer in Suckow wurde der Hitzerekord mit über 40 Grad aufgestellt. Diese Hitze ist eine Bedrohung für unsere ältesten Mitbürger, für unsere jüngsten Mitbürger, für alle Mitmenschen mit einem schwachen Kreislauf. Wie sorgen wir für Hitzeschutz in unseren Städten, in unseren Kindergärten, Seniorenheimen, in unseren Krankenhäusern?

Und Herr Barlen hat es gesagt, er hat völlig zu Recht – und auch Herr Herbst – darauf hingewiesen, auf die Waldbrände in Lübtheen. Auch Waldbrände werden immer häufiger.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Falsch!)

Und es ist fast bis nahezu unmöglich, sie zu löschen, wenn sie in munitionsbelastetem Gebiet ausbrechen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns als Bündnisgrüne sind drei inhaltliche Punkte besonders relevant:

Erstens. Um Krisenreaktion und Rettung nicht zu überfordern, müssen wir hinreichend und frühzeitig auch in Prävention investieren, ohne dabei die Vorsorge gegen die Nachsorge auszuspielen. Wenn wir jetzt am falschen Ende sparen, zahlt unsere Gemeinschaft später den Preis. Vorsorge ist am Ende auch günstiger als die Rettung in größter Not.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Zweitens. Um in der Krise umfassend und angemessen reagieren zu können, müssen die verschiedenen Helferorganisationen mit ihren verschiedensten Einheiten und Fähigkeiten nicht nur optimal ausgerüstet, sondern auch aufeinander abgestimmt sein, damit Haupt- und Ehrenamt schnell und effektiv zusammenarbeiten können.

Drittens. Wir müssen die Menschen im Land dazu befähigen, in den verschiedensten Schadenslagen auch selbst handlungsfähig zu sein. Katastrophenschutz heißt auch, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und wieder gemeinsam zu lernen, wie man mit schwierigen, herausfordernden Umständen umgeht.

Die Enquete-Kommission ist genau das richtige Format. Es gibt uns die Möglichkeit, mit den haupt- und ehrenamtlichen Helfer/-innen direkt ins Gespräch zu kommen, aus ihren Erfahrungen zu lernen und gemeinsam ganz konkret zu erarbeiten, wie wir Zivilschutz und Katastrophenschutz zu einem noch besseren, effektiveren Bevölkerungsschutz verzahnen können. Denn der Schutz unseres Landes vor Feuer und Flut, das ist eine echte Gemeinschaftsaufgabe – nicht von oben herab aus dem politischen Apparat nach unten, sondern das muss gemeinsam erarbeitet werden.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Das hat Herr Habeck so gemacht.)

Wir bitten um Zustimmung zum gemeinsamen Einsetzungsantrag der Koalitionsfraktionen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete der demokratischen Fraktionen, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Barlen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Jetzt aber!)

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst mal vielen Dank an Hennis Herbst, an Ole Krüger für die Aussprache! Die beiden Kollegen haben ihre ersten Reden hier im Plenum zu einem so wichtigen Thema gehalten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank dafür!

Ich will sagen, Herr Tadsen, Sie haben ja Ihre Rede damit begonnen, darüber zu philosophieren, wer hier auf welche Art und Weise weitermacht oder auch nicht weitermacht. Ich kann mal sagen, wenn hier einer so weitermacht wie in der Vergangenheit, dann sind Sie das,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es. – Zuruf von Stephan Johannes Reuken, AfD)

in zweierlei Hinsicht, Herr Tadsen, nämlich zum einen war es wenig überraschend, aber auch dennoch genauso klar, Ihre mangelhafte Bereitschaft, sich mal mit den Themen in der Sache zu beschäftigen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn es konkret wird, dann gehen Sie hier wie in der Vergangenheit nach dem Motto vor: vortäuschen, tarnen und am Ende dann wegducken.

(Zuruf von Robert Schnell, AfD)

Mehr ist zum Thema „Zivil-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz“ in Ihrer Rede, die wir ja bald auch im Protokoll nachlesen können, nichts enthalten gewesen.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Ich muss sagen, das fand ich wirklich erstaunlich, wie blank Sie inhaltlich beim Thema Katastrophen- und Bevölkerungsschutz geblieben sind.

Und was auch leider so geblieben ist wie in der Vergangenheit, Sie reden immer salbungsvoll von der politischen Kultur, aber das Einzige, was Ihnen dann einfällt, ist, hier sich persönlich an Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament diffamierend abzuarbeiten.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ich will sagen, das ist eine Unart.

(Stephan Johannes Reuken, AfD: Das ist Ihre Unkultur!)

Wie Sie hier auch beispielsweise der Person der Ministerpräsidentin gegenübertreten, das ist schäbig.

(Enrico Schult, AfD: Blasphemie!)

Und die große Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern will genau so etwas nicht sehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Tadsen, das weise ich zurück!

Und wenn Sie heute zu Bett gehen und den Tag noch mal Revue passieren lassen, will ich noch mal eine Zahl nennen, auch da hat man nicht so den Eindruck gehabt, dass Sie das so präsent haben: Zur politischen Demut gehört auch übrigens, anzuerkennen, dass von den wahlberechtigten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern 70 Prozent – 70 Prozent! – nicht die AfD gewählt haben. Das gehört ja zur Tatsache auch dazu.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Stephan Johannes Reuken, AfD)

Und übrigens, auch wenn Sie lachen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

auch wenn Sie lachen,

(Enrico Schult, AfD: Rechnen Sie jetzt mal nach! – Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

auch wenn Sie,

(Enrico Schult, AfD: Rechnen Sie jetzt mal nach! Haben Sie sich da jetzt nicht vertan?!)

auch wenn Sie lachen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Petra Federau, AfD)

auch für diese

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zurufe von Hans-Werner Moltzen, AfD, und Stephan Johannes Reuken, AfD – Glocke der Präsidentin)

70 Prozent der wahlberechtigten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sollten wir …

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Fraktionsvorsitzender! Wir stoppen auch die Zeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es muss möglich sein, den Redner noch zu verstehen.

(Thore Stein, AfD: Er soll zum Thema reden!)

Das war jetzt gerade nicht mehr der Fall. Sie können durchaus Zwischenrufe tätigen, Sie können sich auch empören, das ist alles in Ordnung, aber ich konnte dem Redner jetzt nicht mehr folgen und bitte insofern jetzt um mehr Aufmerksamkeit.

Und die Kurzintervention habe ich gesehen, Herr Schmidt, die Sie dann am Ende des Redebeitrags halten können.

Bitte, Herr Fraktionsvorsitzender, Sie haben wieder das Wort!

Julian Barlen, SPD: Danke sehr, Frau Präsidentin!

Auch wenn Sie das möglicherweise lustig finden,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Das ist es ja auch.)

auch für diese 70 Prozent der Wahlberechtigten, die eben nicht AfD gewählt haben, sollten wir verantwortungsbewusst und auf eine respektvolle Art und Weise Politik in diesem Landtag machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und an der Stelle will ich einmal

(Stephan Johannes Reuken, AfD:
Es ist Rot-Rot abgewählt
worden übrigens.)

meine absolute Irritation darüber zum Ausdruck bringen, Herr Tadsen, dass Sie sich für die AfD tatsächlich als Allererstes an diesem Pult darüber amüsieren, regelrecht lustig machen, dass wir uns bei den Frauen und Männern, die hier in Mecklenburg-Vorpommern für unsere Sicherheit sorgen, Tag und Nacht, unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit, dass wir da Danke schön sagen.

(Zuruf von Robert Schnell, AfD)

Ja, dafür sind wir dankbar.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn die AfD dieses Gefühl nicht empfindet, dieses Gefühl der Dankbarkeit den Menschen, die genau in den Blaulichtorganisationen, im Bevölkerungsschutz, in den Hilfesystemen arbeiten, hauptamtlich und die meisten ehrenamtlich,

(Zuruf von Thomas Naulin, AfD)

muss ich sagen, dann, dann müssen Sie darüber wirklich mal tiefer nachdenken. Das ist nicht nachvollziehbar, passt aber leider zu der grundsätzlich sehr missbilligenden und geringschätzigen Art, die die AfD in der Vergangenheit mit den Hilfsorganisationen hier an den Tag gelegt hat.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Oh! –
Zurufe von Petra Federau, AfD,
und Enrico Schult, AfD)

Herr Kramer, ich erinnere mich an Ihre Ausfälle rund um die Feuerwehrleute, die angeblich immer mit Sekt und Häppchen unterwegs wären. Da muss man sagen, das war einer der vielen Tiefpunkte hier auch im Umgang mit den Menschen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Pfui! Pfui!)

die für die Sicherheit der Bevölkerung, für unser aller Sicherheit eintreten.

Und deshalb weise ich zurück, Herr Tadsen, dass hier, Zitat, „blindlings Themen einseitig“ bespielt werden, wenn es darum geht, sich in dieser Enquete-Kommission mit den Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr zusammenzusetzen, mit den Vertreterinnen und Vertretern, den Aktiven aus dem Bereich des Kat-Schutzes, den Organisationen DRK, Polizei, Bundeswehr, den Kolleginnen und Kollegen bei den Versorgern, in den Kommunen, im Gesundheitswesen. Entschuldigen Sie mal, das ist doch irgendwo hanebüchen, zu behaupten, es wären blindlings Themen einseitig zu bespielen, wenn man sich genau mit diesen Menschen hinsetzt, um sich darüber zu unterhalten, wie funktioniert das Zusammenspiel zwischen Kommunen, Land und Bund heute im Kat-Schutz, im Bevölkerungsschutz, bei Hitze, Dürre, Pandemie, Feuer, Cyberangriffen, bei dem Ausfall lebenswichtiger Leistungen.

Für mich hört sich das überhaupt nicht beschönigend an, wenn lebenswichtige Leistungen ausfallen, es ist eine sehr ernste Situation. Hochwasser, Sturmflut, Starkregen – all das ist doch in diesem Antrag explizit genannt. Und nichts zu bieten zu haben, außer zu sagen, da werden irgendwie mit allen, die das konkret leisten, blindlings Themen einseitig bespielt – entschuldigen Sie, das ist wirklich komplett blank an dieser Geschichte. Und das sollten sich die Frauen und Männer, die diese Arbeit leisten hier für alle in Mecklenburg-Vorpommern, wirklich mal auf der Zunge zergehen lassen,

(Zuruf von Stephan Johannes Reuken, AfD)

mit was für einer Arroganz und mit was für einem mangelnden Respekt über diese Leistungen für Mecklenburg-Vorpommern gesprochen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da hilft es übrigens auch nicht, dass Sie hier einen Änderungsantrag gestellt haben, der – für alle, die den Änderungsantrag nicht gelesen haben – ein einziges Wort beinhaltet, nämlich, in einem Absatz das Wort „Terror“ einzufügen. Also wenn das jetzt irgendwie Ihr Ansatz ist, aus dieser Enquete-Kommission, die nichts kann, eine Enquete-Kommission zu machen, die irgendwo was wert ist, dann weiß ich es auch nicht. In dem Text steht explizit drin, dass es um Angriffe auf die lebenswichtigen Infrastruktureinrichtungen dieses Landes geht.

Und deshalb will ich sagen, meine Damen und Herren, wir sind dankbar, dass es Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gibt, die sich im Kat- und Bevölkerungsschutz engagieren. Und wir wollen aus Respekt mit ihnen gemeinsam darüber beraten, wie wir Mecklenburg-Vorpommern stärker und widerstandsfähiger machen und damit den Schutz und die Sicherheit für die Bevölkerung erhöhen. Und ich bin ausgesprochen dankbar den Kolleginnen und Kollegen von den Linken, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass wir heute diese Enquete-Kommission einsetzen können.

Ich will an den Schluss stellen eine ganz erfreuliche Nachricht, die mich diese Woche erreicht hat, nämlich, wenn wir schon beim Dank für engagierte Menschen sind, dann möchte ich mal einen Menschen ausdrücklich würdigen, der über viele, viele Jahre Verantwortung für die Feuerwehren in Mecklenburg-Vorpommern getragen

hat, und das ist Hannes Möller. Der wurde gerade als Landesbrandmeister verabschiedet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Enrico Schult, AfD: Wir waren sogar da, Herr Barlen! Das interessiert Sie gar nicht!)

Und ich freue mich, ja, ich freue mich außerordentlich, dass Hannes Möller bereits Interesse und auch seine Bereitschaft erklärt hat, seine große Erfahrung, sein Wissen in die Arbeit dieser Enquete-Kommission einzubringen, auch bereitstünde, da sogar Verantwortung zu übernehmen.

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Meine Damen und Herren, das zeigt doch, es gibt Interesse in Mecklenburg-Vorpommern, genau diese Arbeit zum Wohle der Bevölkerung hier in der Enquete-Kommission zu leisten. Und genau solche Menschen wie Hannes Möller aus allen Bereichen brauchen wir für diese Aufgabe – Menschen, die die Herausforderungen aus der Praxis kennen und die wissen, was es heißt, Verantwortung zu tragen, wenn es drauf ankommt.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Arbeit dieser Enquete-Kommission für Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Mir liegt eine Kurzintervention durch Herrn Tadsen vor. Bitte, Herr Tadsen!

Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Und auch liebe Bürger und liebe Menschen im Katastrophenschutz! Wir haben uns sehr viel mit Ihnen unterhalten, wir haben viele Gespräche in den letzten Jahren führen dürfen, auch bevor die Fördermittelscheckperiode kurz vor dem Wahlausgang der Landesregierung noch mal eingesetzt hat. Wir haben uns immer wieder unterhalten, wir waren bei Veranstaltungen dabei, wenn es um die Jüngsten ging, die im Feuerwehrbereich tätig sind, die wirklich Vorbildliches zeigen. Und wir erkennen durchaus an, welche soziale Funktion gerade die Landesfeuerwehr und die vielen einzelnen Freiwilligen Feuerwehren in diesem Land haben.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und dafür haben wir den größten Respekt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber, aber, Herr Barlen, es gehört eben auch dazu,

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

die Frustration in den Kommunen zu spüren. Es gehört dazu, bei einer Feuerwehr in Sternberg einmal den Besuch abzustatten und zu sehen, wie die Risse in der Wand sind. Und es gehört dazu, genau diese Situation für eine elementare Krisenvorsorge der Zukunft zu adressieren. Und das tun Sie nicht, und das ist bezeichnend.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Stephan Johannes Reuken, AfD)

Meine Damen und Herren, Herr Barlen, Sie sprechen von Arroganz

(Dr. Till Backhaus, SPD: Wir haben 650 Millionen in die Feuerwehren investiert.)

und meinen damit die Ausklammerung eines großen politischen Akteurs. Sie sprechen davon, dass ich Frau Ministerpräsidentin beleidigt hätte. Und ich sage Ihnen, nein, diese Kritik ist notwendig. Und Sie haben es mal wieder beispielhaft gezeigt, dass die von mir zwei zentral kernorientiert angesprochenen Punkte – linker Terror und die Problematik mit der Ukraine, der Terroranschlag auf unsere Energieversorgung – durchaus eine Krisenvorsorge implizieren, denn genau dabei geht es eben um die Sicherung lebenswichtiger Leistungen, so, wie es hier drinsteht. Und wenn man das nicht anspricht und nicht analysieren will, dann braucht man auch nicht einen solchen Antrag zu stellen. Dabei bleiben wir,

(Stephan Johannes Reuken, AfD: Dafür ist es zu teuer.)

deswegen unser Änderungsantrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Fraktionsvorsitzender, möchten Sie darauf erwidern?

Julian Barlen, SPD: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön!

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Herr Tadsen, interessante Ansichten! Sie haben hier am Pult von einer, Zitat, „hysterischen Klimaapokalypse“ gesprochen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Ist auch so!)

Man hätte angesichts des Themas einer Einsetzung einer Enquete-Kommission damit rechnen können, dass Sie beispielsweise darüber sprechen, wie es älteren Menschen geht, wenn in einem Hitzesommer von 40 Grad

(Thomas Krüger, SPD: So ist das.)

nicht ausreichend Kühlung

(Dr. Till Backhaus, SPD: 16.000 Tote in diesem Jahr!)

in den Senioreneinrichtungen vorhanden ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Aber natürlich ist das nicht die Abbiegung, die eine AfD nimmt, sondern Sie sprechen über Terror und extre-

mistische Ausschreitungen außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Hans-Werner Moltzen, AfD)

Das also können Sie gerne machen, haben Sie alle Rechte, hier Anträge, Aussprachen, was auch immer, einzubringen, aber es ändert nichts daran, dass Sie nichts zu dem Thema beizutragen haben.

Und wenn Sie viele Gespräche geführt haben, dann werden Sie ja mitbekommen haben, dass das Thema Feuerwehr in den letzten Legislaturperioden einen absoluten Top-Stellenwert in unserer praktischen Politik hier hatte. Ich will alleine an die jüngere Vergangenheit erinnern, wo wir dreimal 50-Millionen-Euro-Landesprogramme aufgelegt haben für das Thema Feuerwehrwagen/zentrale Beschaffung, für das Thema Feuerwehrhäuser, für das Thema Löschwasser. Das sind Dinge, die ganz direkt an den Einsatzstellen der Frauen und Männer ankommen, die sich dort für die Feuerwehr engagieren. Sie machen sich darüber lustig als „Fördermittelscheckperiode“.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Ist es denn nicht so?)

Ich will mal sagen, die Partei, die in diesem Haus das Sondervermögen des MV-Plans, 1,92 Milliarden Euro, für die Sanierung von Schulen, für die Kommunen, für die Infrastruktur, in der Gesundheit und auch im Brandschutz abgelehnt hat, das war die AfD-Fraktion. Sie lehnen die Mittel ab, die da vor Ort konkret helfen,

(Stephan Johannes Reuken, AfD: Das ist
Steuergeld. Das ist Ihnen klar, ne?! –
Zuruf von Robert Schnell, AfD)

und machen sich anschließend lustig über die Helfer. Das machen wir nicht mit, meine Damen und Herren, da sollten Sie dringend was dran ändern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 9/21 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 9/21 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und im Übrigen Gegenstimmen abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 9/13 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag auf Drucksache 9/13 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung durch die Fraktion der AfD angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der Tagesordnung der konstituierenden Sitzung des Landtages der 9. Wahlperiode. Eins fehlt jetzt: Ich kann Ihnen noch nicht den Termin nennen für die nächste Sitzung.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Oh!)

Aber ich kann Ihnen sagen, die Sitzung ist geschlossen. Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Schluss: 18:16 Uhr

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages teilgenommen haben

– Drucksachen 9/2 und 9/3 –

1.	Albrecht, Christian	Die Linke
2.	Arndt, Inken	AfD
3.	Dr. Backhaus, Till	SPD
4.	Barlen, Julian	SPD
5.	Barsch, Johannes	SPD
6.	Beitz, Falko	SPD
7.	Bernhardt, Jacqueline	Die Linke
8.	Brade, Christian	SPD
9.	Brüdgam, Wenke	Die Linke
10.	Burmeister, Steffi	AfD
11.	da Cunha, Philipp	SPD
12.	Dahlemann, Patrick	SPD
13.	Dias Rodrigues, Carlos	AfD
14.	Drese, Stefanie	SPD
15.	Ehlers, Nicole	AfD
16.	Federau, Petra	AfD
17.	Graf, Sandra	AfD
18.	Gundlack, Tilo	SPD
19.	Harms, Lennart	SPD
20.	Hegenkötter, Beatrix	SPD
21.	Herbst, Hennis	Die Linke
22.	Hesse, Birgit	SPD
23.	Hoge, Sarah	AfD
24.	Hüller, Sebastian	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
25.	Jenniches, David	AfD
26.	Julitz, Nadine	SPD
27.	Kasch, Michael	AfD
28.	Klingohr, Christine	SPD
29.	Kramer, Nikolaus	AfD
30.	Krüger, Ole	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
31.	Krüger, Thomas	SPD
32.	Kurtze, Kevin	AfD
33.	von Malottki, Erik	SPD
34.	Martin, Bettina	SPD
35.	Martin, Jan Michael	AfD
36.	Miraß, Heiko	SPD
37.	Moltzen, Hans-Werner	AfD
38.	Mucha, Ralf	SPD
39.	Müller, Claudia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
40.	Müller, Frank	AfD
41.	Naulin, Thomas	AfD
42.	Oldenburg, Simone	Die Linke
43.	Pegel, Christian	SPD
44.	Pfeifer, Mandy	SPD
45.	Dr. Rahm-Präger, Sylva	SPD
46.	Reizlein, Peter	AfD
47.	Reuken, Stephan Johannes	AfD
48.	Scheel, Stephan	AfD
49.	Schilke, Jarod	AfD
50.	Schmelzer, Grit	SPD
51.	Schmidt, Martin	AfD
52.	Schnell, Robert	AfD
53.	Schreiber, Jannik	AfD
54.	Dr. Schröder, Anna-Konstanze	SPD
55.	Schult, Enrico	AfD
56.	Schulze-Wiehenbrauk, Jens	AfD
57.	Schwesig, Manuela	SPD
58.	Skotnik, Christian	AfD
59.	Stamer, Dirk	SPD
60.	Stein, Thore	AfD
61.	Steinfurth, Jan	AfD
62.	Tadsen, Jan-Phillip	AfD
63.	Thormann, Tommy	AfD
64.	Timm, Paul-Joachim	AfD
65.	Tischler, Maya	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
66.	Tschich, Alexander	AfD
67.	Wandt, Sandra	SPD
68.	Wegner, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
69.	Dr. Wölk, Monique	SPD
70.	Würdisch, Thomas	SPD
71.	Zorn, Christian	AfD

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl
der ersten Vizepräsidentin oder des ersten Vizepräsidenten des Landtages
teilgenommen haben
– Drucksachen 9/4 und 9/22 –

1.	Albrecht, Christian	Die Linke
2.	Arndt, Inken	AfD
3.	Dr. Backhaus, Till	SPD
4.	Barlen, Julian	SPD
5.	Barsch, Johannes	SPD
6.	Beitz, Falko	SPD
7.	Bernhardt, Jacqueline	Die Linke
8.	Brade, Christian	SPD
9.	Brüdgam, Wenke	Die Linke
10.	Burmeister, Steffi	AfD
11.	da Cunha, Philipp	SPD
12.	Dahlemann, Patrick	SPD
13.	Dias Rodrigues, Carlos	AfD
14.	Drese, Stefanie	SPD
15.	Ehlers, Nicole	AfD
16.	Federau, Petra	AfD
17.	Graf, Sandra	AfD
18.	Gundlack, Tilo	SPD
19.	Harms, Lennart	SPD
20.	Hegenkötter, Beatrix	SPD
21.	Herbst, Hennis	Die Linke
22.	Hesse, Birgit	SPD
23.	Hoge, Sarah	AfD
24.	Hüller, Sebastian	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
25.	Jenniches, David	AfD
26.	Julitz, Nadine	SPD
27.	Kasch, Michael	AfD
28.	Klingohr, Christine	SPD
29.	Kramer, Nikolaus	AfD
30.	Krüger, Ole	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
31.	Krüger, Thomas	SPD
32.	Kurtze, Kevin	AfD
33.	von Malottki, Erik	SPD
34.	Martin, Bettina	SPD
35.	Martin, Jan Michael	AfD
36.	Miraß, Heiko	SPD
37.	Moltzen, Hans-Werner	AfD
38.	Mucha, Ralf	SPD
39.	Müller, Claudia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
40.	Müller, Frank	AfD
41.	Naulin, Thomas	AfD
42.	Oldenburg, Simone	Die Linke
43.	Pegel, Christian	SPD
44.	Pfeifer, Mandy	SPD
45.	Dr. Rahm-Präger, Sylva	SPD
46.	Reizlein, Peter	AfD
47.	Reuken, Stephan Johannes	AfD
48.	Scheel, Stephan	AfD
49.	Schilke, Jarod	AfD
50.	Schmelzer, Grit	SPD
51.	Schmidt, Martin	AfD
52.	Schnell, Robert	AfD
53.	Schreiber, Jannik	AfD
54.	Dr. Schröder, Anna-Konstanze	SPD
55.	Schult, Enrico	AfD
56.	Schulze-Wiehenbrauk, Jens	AfD
57.	Schwesig, Manuela	SPD
58.	Skotnik, Christian	AfD
59.	Stamer, Dirk	SPD
60.	Stein, Thore	AfD
61.	Steinfurth, Jan	AfD
62.	Tadsen, Jan-Phillip	AfD
63.	Thormann, Tommy	AfD
64.	Timm, Paul-Joachim	AfD
65.	Tischler, Maya	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
66.	Tschich, Alexander	AfD
67.	Wandt, Sandra	SPD
68.	Wegner, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
69.	Dr. Wölk, Monique	SPD
70.	Würdisch, Thomas	SPD
71.	Zorn, Christian	AfD

Alphabetisches Namensverzeichnis

**der Abgeordneten, die an der Wahl
der zweiten Vizepräsidentin oder des zweiten Vizepräsidenten des Landtages
teilgenommen haben**
– Drucksachen 9/5 und 9/23 –

1.	Albrecht, Christian	Die Linke
2.	Arndt, Inken	AfD
3.	Dr. Backhaus, Till	SPD
4.	Barlen, Julian	SPD
5.	Barsch, Johannes	SPD
6.	Beitz, Falko	SPD
7.	Bernhardt, Jacqueline	Die Linke
8.	Brade, Christian	SPD
9.	Brüdgam, Wenke	Die Linke
10.	Burmeister, Steffi	AfD
11.	da Cunha, Philipp	SPD
12.	Dahlemann, Patrick	SPD
13.	Dias Rodrigues, Carlos	AfD
14.	Drese, Stefanie	SPD
15.	Ehlers, Nicole	AfD
16.	Federau, Petra	AfD
17.	Graf, Sandra	AfD
18.	Gundlack, Tilo	SPD
19.	Harms, Lennart	SPD
20.	Hegenkötter, Beatrix	SPD
21.	Herbst, Hennis	Die Linke
22.	Hesse, Birgit	SPD
23.	Hoge, Sarah	AfD
24.	Hüller, Sebastian	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
25.	Jenniches, David	AfD
26.	Julitz, Nadine	SPD
27.	Kasch, Michael	AfD
28.	Klingohr, Christine	SPD
29.	Kramer, Nikolaus	AfD
30.	Krüger, Ole	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
31.	Krüger, Thomas	SPD
32.	Kurtze, Kevin	AfD
33.	von Malottki, Erik	SPD
34.	Martin, Bettina	SPD
35.	Martin, Jan Michael	AfD
36.	Miraß, Heiko	SPD
37.	Moltzen, Hans-Werner	AfD
38.	Mucha, Ralf	SPD
39.	Müller, Claudia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
40.	Müller, Frank	AfD
41.	Naulin, Thomas	AfD
42.	Oldenburg, Simone	Die Linke
43.	Pegel, Christian	SPD
44.	Pfeifer, Mandy	SPD
45.	Dr. Rahm-Präger, Sylva	SPD
46.	Reizlein, Peter	AfD
47.	Reuken, Stephan Johannes	AfD
48.	Scheel, Stephan	AfD
49.	Schilke, Jarod	AfD
50.	Schmelzer, Grit	SPD
51.	Schmidt, Martin	AfD
52.	Schnell, Robert	AfD
53.	Schreiber, Jannik	AfD
54.	Dr. Schröder, Anna-Konstanze	SPD
55.	Schult, Enrico	AfD
56.	Schulze-Wiehenbrauk, Jens	AfD
57.	Schwesig, Manuela	SPD
58.	Skotnik, Christian	AfD
59.	Stamer, Dirk	SPD
60.	Stein, Thore	AfD
61.	Steinfurth, Jan	AfD
62.	Tadsen, Jan-Phillip	AfD
63.	Thormann, Tommy	AfD
64.	Timm, Paul-Joachim	AfD
65.	Tischler, Maya	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
66.	Tschich, Alexander	AfD
67.	Wandt, Sandra	SPD
68.	Wegner, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
69.	Dr. Wölk, Monique	SPD
70.	Würdisch, Thomas	SPD
71.	Zorn, Christian	AfD